

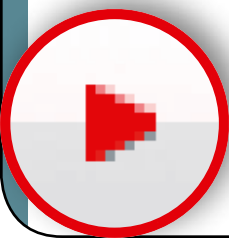
Tim B. Müller | Adam Tooze (Hg.)

Normalität

und Fragilität

Demokratie nach

dem Ersten Weltkrieg



Hamburger  Edition

Tim B. Müller | Adam Tooze (Hg.)

Normalität und Fragilität

Demokratie nach
dem Ersten Weltkrieg

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© der E-Book-Ausgabe 2015 by Hamburger
Edition ISBN 978-3-86854-651-4
E-Book-Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde

© 2015 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-294-3

Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Satz aus der Stempel Garamond von Dörlemann Satz,
Lemförde

Inhalt

Tim B. Müller | Adam Tooze
 Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg 9

I Konstellationen, Kontinuitäten und Konvergenzen

Adam Tooze
 Ein globaler Krieg unter demokratischen Bedingungen 37

Hedwig Richter
 Die Konvergenz der Wahltechniken und die Konstruktion
 des modernen Wählers in Europa und Nordamerika 70

Benjamin Schröder
 Wer ist Freund, wer Feind?
 Parteien und Wähler in politischer Unsicherheit 91

Laura Beers
 Frauen für Demokratie
 Möglichkeiten und Grenzen des
 zivilgesellschaftlichen Engagements 111

Andrea Rehling
 Demokratie und Korporatismus –
 eine Beziehungsgeschichte 133

Philipp Müller
 Neuer Kapitalismus und parlamentarische Demokratie
 Wirtschaftliche Interessenvertreter in Deutschland
 und Frankreich 154

II Nationale Kontexte, Konflikte und Kontingenzen

Helen McCarthy
Das »Making« und »Re-Making« der demokratischen Kultur
in Großbritannien 201

Ben Jackson
Keynes, Keynesianismus und die Debatte
um Gleichheit 218

Jessica Wardhaugh
Demokratische Experimente in der politischen Kultur
Frankreichs 239

Tim B. Müller
Demokratie, Kultur und Wirtschaft
in der deutschen Republik 259

Philipp Nielsen
Verantwortung und Kompromiss
Die Deutschnationalen auf der Suche
nach einer konservativen Demokratie 294

Stefanie Middendorf
Finanzpolitische Fundamente der Demokratie?
Haushaltsordnung, Ministerialbürokratie und
Staatsdenken in der Weimarer Republik 315

Urban Lundberg
»Volkshem« oder »Mitbürgerheim«?
Per Albin Hansson und die schwedische Demokratie 344

- Jeppé Nevers
**Demokratiekonzepte in Dänemark
nach dem Ersten Weltkrieg** 379
- Johanna Rainio-Niemi
Die finnische Demokratie in der Zwischenkriegszeit 392
- Elisabeth Dieterman
**Demokratische Perspektiven in den Niederlanden
der 1930er Jahre** 421
- Andrea Orzoff
**Das Personal und das Vokabular der Demokratie
Die Erste Tschechoslowakische Republik** 436
- Till Kössler
**Demokratie und Gesellschaft in Spanien
Populäre Vorstellungen der Zweiten Republik
1931–1936** 463
- Jason Scott Smith
**Der New Deal als demokratisches Projekt
Die Weltwirtschaftskrise und die Vereinigten Staaten** 496
- Zu den Autorinnen und Autoren 512
- Zu den Herausgebern 519

Tim B. Müller | Adam Tooze

Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg

Gibt es eine Geburtsstunde der modernen Demokratie? Die jüngste Forschung bietet Grund, zur Untersuchung dieser Frage in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts und insbesondere auf die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg zu blicken. Das ist auch der Ansatz, den dieser Band vorschlägt und verfolgt. Sein Thema ist das *making of democracy* im Ersten Weltkrieg und vor allem nach 1918. Er begreift die Demokratie dieser Zeit konsequent als etwas im Entstehen Begriffenes. Eine solche Lesart folgt aus einer vergleichenden, nationale Grenzen überschreitenden Betrachtungsweise.

Aber damit wird die Vorgeschichte nicht ausgeblendet. Bereits im späten 19. Jahrhundert baute sich eine globale Demokratisierungswelle auf und machte sich ein weltweites Demokratisierungsverlangen bemerkbar. Erweiterungen des Wahlrechts waren an der Tagesordnung, doch das allgemeine Wahlrecht lag für die meisten Gesellschaften noch fern. Diese ungleichen, aber gleichzeitigen Entwicklungen sind als »Demokratisierungsepisoden« bezeichnet worden. Die Demokratie wurde zur globalen Erwartung.¹ Das gilt auch für traditionell als demokratisch geltende Gesellschaften, die jedoch erst in dieser Epoche entscheidende Demokratisierungsschübe erlebten.²

-
- 1 Daniel Ziblatt, »How did Europe Democratize?«, in: *World Politics* 58 (2006), Heft 2, S. 311–338, hier: S. 314. Vgl. den Beitrag von Adam Tooze in diesem Band.
 - 2 Für Frankreich etwa hat die jüngere Forschung eine Demokratieakzeptanz unter urbanen Eliten erst für das späte 19. Jahrhundert und eine Durchset-

In dieser Perspektive summierte sich im Ersten Weltkrieg und unmittelbar danach die Vielzahl der Demokratisierungsimpulse, teils unabhängig vom Krieg und teils bedingt oder beschleunigt durch den Krieg, zu einem qualitativen, fundamentalen Wandel. Die Demokratiegeschichte ist eine Geschichte multipler Temporalitäten. Sie ist ohne Vorläufer und Vorbilder, ohne Traditionen, in die sich die Handelnden nach dem Ersten Weltkrieg einschrieben und auf die sie sich zur Legitimationsstiftung beriefen, nicht denkbar. Aber sie ist auch nicht begreifbar, ohne die Neuartigkeit der Globalität, Gleichzeitigkeit und Geschwindigkeitssteigerung zu registrieren, die mit dem Beginn des massendemokratischen Zeitalters einherging, und die zuvor ungekannten Herausforderungen zu berücksichtigen, denen sich all diese neuen Demokratien gegenübersehen und für die sie angemessene Umgangsweisen entwickeln mussten. Die Grundregeln des Politischen änderten sich schlagartig. Neue Unsicherheiten und neue Möglichkeiten strukturierten den politischen Handlungshorizont.

Diese Lesart beruht auch auf theoretischen Einsichten. Ein so vielfältiges und vielschichtiges gesellschaftliches Gefüge wie Demokratie lässt sich nicht auf den Punkt bringen; dieses Gewebe aus Vorstellungen und Handlungen, Institutionen und Ideen, Gewohnheiten und Affekten beschreibt eine politisch-kulturelle Entwicklung und keine definitive, historisch stillgestellte Verfassungsordnung. Das Prozesshafte der Demokratie fasst der französische Denker und Historiker der Demokratie, Pierre Rosanvallon, in das mittlerweile vielzitierte *Aperçu*, wonach es einer Geschichte der Demokratie »nicht allein darum geht, dass die Demokratie eine Geschichte *hat*. Es gilt, den radikaleren Gedan-

zung demokratischer Formen der Politik erst durch die Massenmobilisierungen der 1930er Jahre herausgearbeitet; vgl. Philip Nord, *The Republican Moment. Struggles for Democracy in Nineteenth-Century France*, Cambridge, Mass. 1995; ders., *France's New Deal. From the Thirties to the Postwar Era*, Princeton 2010; Jessica Wardhaugh, *In Pursuit of the People. Political Culture in France, 1934–39*, Basingstoke 2009; sowie den Beitrag von Jessica Wardhaugh in diesem Band; zu Großbritannien vgl. den Beitrag von Helen McCarthy, zu den Vereinigten Staaten die Beiträge von Hedwig Richter und Jason Scott Smith in diesem Band.

ken in Betracht zu ziehen, dass die Demokratie eine Geschichte ist.«³

Rosanvallon gehört zu den Stichwort- und Impulsgebern neuer Geschichten der Demokratie, denen nationale Pädagogik, das Verteilen von Zensuren und die normative Überhöhung einer selbst nicht historisierten Gegenwart widerstrebt, ohne dass sie den Zusammenhang ignorieren, der diese Geschichte, die sich selbst Demokratie nennt, in all ihrer Widersprüchlichkeit verbindet. Die Grundlagen für ein solches Vorgehen wurden schon vor Jahren gelegt.⁴ Es gab seitdem bedeutende und verdienstvolle Unternehmungen, die internationale Forschung über die Demokratie seit 1900 oder in der Zwischenkriegszeit ins Gespräch zu bringen, wobei es zumeist jedoch beim Festhalten am Definitivischen blieb, wenn auch die der gegenseitigen Übersetzbarkeit zwischen den Disziplinen dienenden Definitionen immer offener wurden.⁵ Bis in maßgebliche historische Darstellungen hinein überwiegt dabei nach wie vor eine pessimistische Perspektive, die eher die extremen Krisen, die Schwäche oder den Untergang der Demokratie erklären als ihre Chancen ausloten oder Erwartungshorizonte erkunden will. Ambivalenzen – etwa die Spannungen zwischen individuellen Rechten und kollektiven Ligaturen, der Ruf nach Führung und Stärkung der Exekutive oder die in Demokratien ubiquitäre Parlamentarismus-

-
- 3 Pierre Rosanvallon, »Für eine Begriffs- und Problemgeschichte des Politischen. Antrittsvorlesung am Collège de France, Donnerstag, den 28. März 2002«, in: *Mittelweg* 36 20 (2011), H. 6, S. 43–66, hier: S. 49. Vgl. auch ders., *Democracy Past and Future*, hrsg. von Sam Moyn, New York 2006; ders., *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe*, Hamburg 2010; ders., *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg 2013.
- 4 Vgl. etwa Christian Meier u. a., »Art. Demokratie«, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 2004, S. 821–899; Wolfgang Mager, »Art. Republik«, in: Ebenda, Bd. 5, S. 549–651.
- 5 Vgl. etwa Dirk Berg-Schlosser/Jeremy Mitchell (Hg.), *Authoritarianism and Democracy in Europe 1919–39. Comparative Analyses*, London 2002; ders./Jeremy Mitchell (Hg.), *Conditions of Democracy in Europe, 1919–39. Systematic Case Studies*, London 2000; Christoph Gusy (Hg.), *Demokratisches Denken in der Weimarer Republik*, Baden-Baden 2000; ders. (Hg.), *Demokratie in der Krise. Europa in der Zwischenkriegszeit*, Baden-Baden 2008.

und Parteienkritik – treten dabei kaum als konstitutive, »normale«, unvermeidliche, weiterhin theoretisch und praktisch herausfordernde Merkmale von Demokratien auf, sondern häufig als destruktive Vorboten des Zerfalls.⁶

Einen anderen Weg weisen Interventionen und Untersuchungen, die sich vom Versuch der historischen Fixierung lösen und mit einem nominalistischen Zugriff experimentieren, der jedoch kein antiquarischer Nominalismus ist. Diese Debattenrekonstruktionen setzen bei den Vorstellungen und Erwartungen, Selbst- und Situationswahrnehmungen der Zeitgenossen an, sie analysieren Ereignisse und Entwicklungen in ihren individuellen Kontexten, sie sind kontingenzsensibel. Zugleich leugnen diese Ansätze nicht das Kontinuitätsproblem, das sich auch im Hinblick auf die vielen zu rekonstruierenden Demokratie-Geschichten stellt: Die Handelnden schrieben sich selbst in eine kontinuierliche Geschichte der Demokratie ein, die auch als Akteursvorstellung nur in Überschreitung lokaler Kontexte und unter Zuhilfenahme strukturanalytischer

6 Vgl. neben der im letzten Jahrzehnt wohl einflussreichsten Deutung von Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000, etwa Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982; Jan-Otmar Hesse, »Wirtschaftspolitische Bewältigungsstrategien nach der Krise. Deutschland und die USA in den 1930er Jahren«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 61 (2010), S. 315–329; Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1998; Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014, S. 997–2014; Gunther Mai, *Europa 1918–1939. Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen*, Stuttgart 2001; Paul Nolte, »Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 61 (2013), S. 275–301; Richard Overby, *The Morbid Age. Britain between the Wars*, London 2009; Werner Plumpe, *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*, München 2011, S. 71–91; Lutz Raphael, *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945*, München 2001; Wolfgang Schivelbusch, *Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933–1939*, Frankfurt am Main 2008; Enzo Traverso, *Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945*, München 2008; Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007; sowie etliche der Beiträge in: Berg-Schlosser/Mitchell (Hg.), *Authoritarianism and Democracy*; dies. (Hg.), *Conditions of Democracy*; Gusy (Hg.), *Demokratisches Denken*; ders. (Hg.), *Demokratie in der Krise*.

Vorgehensweisen zu erschließen ist. Zuletzt verschließen sich diese Forschungen und Überlegungen nicht der theoretischen Herausforderung, die sich aus dieser Historisierung von Kulturen und Konzeptionen der Demokratie ergibt: Sie zwingt uns, die Fragen nach der Fragilität und Stabilität, nach den Integrationsmöglichkeiten und Ausgrenzungstechniken, nach den Erschöpfungszuständen und der Kreativität, nach den Potenzialen – den eröffneten wie den unausgeschöpften – und Grenzen der Demokratie neu zu stellen. Demokratie lässt sich auf diesem historischen Fundament nur als fragile und fluide politische Ordnung denken, in der keine unüberwindlichen Hürden den Optimismus vom Zusammenbruch, das Selbstverständlichwerden von der Befindung der Demokratie trennen.⁷

Aber man muss beides erkennen und erforschen – die optimistische Erwartung und die zerstörerische Mischung aus Ressentiments und Resignation, die enthusiastische Kreativität und die gewaltsame Gegenbewegung bis hin zur Auflösung, die Schattenseiten und die strahlende Hoffnung, die nicht nur eine Nation, sondern viele Gesellschaften beinahe gleichzeitig nach dem Ersten Weltkrieg erfasste. Um das zu leisten, wird kein Weg vorbeiführen an einer erneuten Rekonstruktion zeitgenössischer Perspektiven und Handlungszusammenhänge, die davon Abstand nimmt, Gewissheiten zu wiederholen, die schon zu lange feststehen, ohne im-

7 Vgl. etwa Joris Gijzenbergh u.a. (Hg.), *Creative Crises of Democracy*, Brüssel 2012; Wolfgang Hardtwig (Hg.), *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939*, Göttingen 2005; ders. (Hg.), *Ordnungen in der Krise. Zur Politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1918–1933*, München 2007; Jussi Kurunmäki/Johan Strang (Hg.), *Rhetorics of Nordic Democracy*, Helsinki 2010; Marcus Llanque, *Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2000; Anthony McElligott (Hg.), *Weimar Germany*, Oxford 2011; Helen McCarthy, »Whose Democracy? Histories of British Political Culture between the Wars«, in: *The Historical Journal* 55 (2012), S. 221–238; Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2012; Jan-Werner Müller, *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Berlin 2013; Tim B. Müller, *Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien*, Hamburg 2014; Adam Tooze, *The Deluge. The Great War and the Remaking of Global Order*, London 2014.

mer wieder auf ihre sachliche und theoretische Plausibilität überprüft worden zu sein – ein in der Wissenschaft üblicher, von immer neuen Erkenntnissen und Erfahrungen geleiteter Revisionsprozess. Eine solche Rekonstruktion muss das Gedachte und Geschehene vom Anfang erschließen und nicht vom Ende zurückblicken; es ist eine der Aufgaben der Geschichtswissenschaft, die Geschichte »dem Schein des Soges von Notwendigkeit der Strukturen und Prozesse« zu entziehen, »an individuelle Entscheidungen, an kontingente Ereignisse, an Alternativen und Optionen« zu erinnern, »die Offenheit aller Situationen im Bewusstsein zu halten«, oder wie es eine Neuformulierung dieses historistischen Grundsatzes ausdrückt: »Wer nur nach der Vorgeschichte der Probleme [...] der zeitlich je unterschiedlichen Gegenwart fragt, folgt einer verborgenen Teleologie und blendet jene Entwicklungen aus, die abgebrochen wurden, die scheiterten oder im Sande verliefen.«⁸ Das gilt nicht nur für den deutschen Fall. Die amerikanische, die britische, die französische oder die schwedische Geschichte der »Zwischenkriegszeit« sind nicht weniger explizit oder implizit teleologischen Interpretationen unterzogen worden, in denen die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg als langfristig irrelevantes Intermezzo der Katastrophen oder als Durchgangsstation einer bruchlosen Demokratiegeschichte erscheinen.⁹ Erkenntnistheoretisch ist es eine konstante Herausforderung für die Geschichtswissenschaft, aus dem Späteren nicht auf das Frühere zu schließen, nicht in die Falle der »embryogenetischen Obsession« zu tappen, einen dem jeweiligen

8 Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2: *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1998, S. 418; Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 16.

9 Gegen solche nach wie vor prominenten Deutungsmuster argumentieren etwa die Beiträge von Helen McCarthy, Jessica Wardhaugh oder Urban Lundberg in diesem Band; vgl. auch, auf unterschiedlichen Ebenen, Steve Fraser/Gary Castle (Hg.), *The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930–1980*, Princeton 1989; Ira Katznelson, *Fear Itself. The New Deal and the Origins of Our Time*, New York 2013; Nord, *Republican Moment*; ders., *France's New Deal*; Daniel T. Rodgers, *Age of Fracture*, Cambridge 2001. – Wenn in diesem Band das Wort *Zwischenkriegszeit* verwendet wird, handelt es sich um eine Epochenbezeichnung ohne die deterministischen Konnotationen, die in manchen Redeweisen von der »Zwischenkriegszeit« aufscheinen.

individuellen Zusammenhang angemessenen Umgang mit den Problemen von Kontinuität und Konsistenz zu finden, der bei den Gegenwartserfahrungen und Zukunftserwartungen der Zeitgenossen ansetzt.¹⁰

An dieser Stelle setzt der vorliegende Band ein, der auf eine Tagung im Hamburger Institut für Sozialforschung im November 2013 zurückgeht. Die Absicht war, Demokratien und Demokratie nicht als etwas Fixiertes zu untersuchen, sondern »Geschichte *in the making* zu erfassen, während sie ihr volles Potenzial aufweist«, bevor es sich in eine bestimmte Richtung entfaltet. Diese Geschichte der Demokratie ist ebenso sehr von Fragilität wie von Kreativität, von Instabilität wie von Stabilität gekennzeichnet.¹¹

Was das Vorgehen betrifft, könnte man die meisten der versammelten Texte als Beiträge zu einer kulturgeschichtlich informierten Geschichte politischer Begriffe, Praktiken und Vorstellungen charakterisieren, die auch die Konstitution der Ökonomie in den Mittelpunkt der historischen Auseinandersetzungen um die Demokratie rückt. Inspiriert wurden die Autorinnen und Autoren von unterschiedlichen methodischen und theoretischen Ansätzen, wie der Begriffsgeschichte, der *intellectual history* der Cambridge School, Pierre Rosanvallon und seiner von François Furet, Claude Lefort und Cornelius Castoriadis ausgehenden philosophischen

10 Marc Bloch, Apologie der Geschichtswissenschaft oder Der Beruf des Historikers, Stuttgart 2002, S. 33. Einige wenige von zahlreichen klassischen Orten dieser Reflexion sind etwa Reinhart Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt am Main 1989, S. 158–207; ders., *Zeitschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt am Main 2003, S. 27–77, 246–264, 298–316; ders., *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, Frankfurt am Main 2006, S. 86–98; Siegfried Kracauer, *History. The Last Things Before The Last*, New York 1969; Dominick LaCapra, *Representing the Holocaust. History, Theory, Trauma*, Ithaca 1994, S. 1–41, 205–223; Thomas Nipperdey, *Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays*, München 1990, S. 225–248; sowie etliche der Grundlagentexte in: Fritz Stern/Jürgen Osterhammel (Hg.), *Moderne Historiker. Klassische Texte von Voltaire bis in die Gegenwart*, München 2001.

11 Rosanvallon, *Democracy Past and Future*, S. 66; vgl. Gijzenbergh u.a. (Hg.), *Creative Crises*; Detlev J. K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt 1987; zur »Möglichkeitsstruktur« der Geschichte Koselleck, *Vergangene Zukunft*, S. 165 f., 205 f.

Geschichte des Politischen, diversen Historiografien der *political economy*, Michael Foucault und der Geschichte der Gouvernamentalität, von den Erkenntnissen des *linguistic turn* und den Einsichten eines reflektierten und selbstkritischen Historismus und der politischen Kulturgeschichte, wofür Thomas Nipperdey, Wolfgang Hardtwig oder auch Thomas Mergel stehen.¹² Einige dieser Einflüsse werden deutlich werden, andere sind eher von der Darstellung absorbiert; doch worauf es allen ankommt, ist, dass das historische Material auf neue Weise befragt und neue Interpretationen zur Diskussion gestellt werden. Das hoffen die Beteiligten, vornehmlich jüngere Historikerinnen und Historiker aus mehreren Ländern, Experten für ihre Geschichten der Demokratie, mit diesem Band erreicht zu haben.

Wenn Vorstellungen dabei im Mittelpunkt stehen, lässt sich diese Art der Annäherung an ein unlösbares Problem nicht als »bloße« Ideengeschichte abtun. Nicht nur die Einwände gegen die erkenntnistheoretische Naivität einer Geschichte der harten »Fakten«, die gerade auf ökonomischem Gebiet – wo Philip Mirowski zufolge »physics envy« zur Abkopplung von einer der Mechanik und Modellierung widerstrebenden Geschichte führte¹³ – so gern

12 In einer solchen politischen Kulturgeschichte geht es Wolfgang Hardtwig, *Politische Kultur der Moderne. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 2011, S. 205, zufolge um die »Verknüpfung historisierter anthropologischer Fundamentalkategorien mit den Institutionen, Praktiken und Deutungen von Politik [...] Ein solcher integrierender Ansatz lässt sich konzeptionalisieren, indem man etwa nach der Erfahrung, Deutung und symbolischen Vergegenwärtigung von Raum, Zeit, Körper, Emotion, Wissen, Arbeit, Kommunikation und schließlich der politischen, sozialen, religiösen und intellektuellen Orientierungen im engeren Sinne fragt.« Vgl. auch Thomas Mergel, »Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 574–600; Thomas Nipperdey, *Gesellschaft, Kultur, Theorie*, Göttingen 1976; Referenzpunkte der politischen Kulturgeschichte mit ihrer Aufmerksamkeit für die semantische und symbolische Konstitution und Eigendynamik des Politischen sowie ihrer Zurückweisung ökonomischer oder sozialer Reduktionen bleiben die Arbeiten und Interventionen von François Furet, *1789 – Jenseits des Mythos*, Hamburg 1989; ders./Mona Ozouf (Hg.), *Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution*, 2 Bde., Frankfurt am Main 1996.

13 Philip Mirowski, *More Heat than Light. Economics as Social Physics, Physics as Nature's Economics*, Cambridge 1991, S. 354.

und so unermüdlich gegen die Zumutungen des uneindeutigen Politischen ins Feld geführt werden, wiegen zu schwer. Handeln und Vorstellungen sind für die versammelten Beiträge nicht voneinander zu trennen. Es geht ihnen um eine »Gesellschaftsgeschichte handlungssteuernder Ideen«, um Vorstellungen und Ordnungskonzepte, »die im sozialen und politischen Geschehen formende Wirkung entfalten«, um Modi der Realitätskonstruktion und der Realitätserschließung zugleich, um »all jene ›aktiven‹ Vorstellungen [...], die das Handeln leiten, das Feld des Möglichen durch das des Denkbaren begrenzen und den Rahmen für Kontroversen und Konflikte abstecken.«¹⁴

Demokratie ist dabei kein Ordnungskonzept wie jedes andere, weder für die historisch Handelnden noch für die diese Geschichte erforschenden Historiker. In der bereits erwähnten Literatur und an vielen anderen Stellen lässt sich nachvollziehen, wie die Demokratie im Revolutionszeitalter um 1800 zum universalen Erwartungsbegriff wurde, zur politischen Zukunftsverheißung. Sie war nicht länger ein Stadium im ewigen Verfassungskreislauf und verlor, den Schrecknissen der *terreur* zum Trotz, den Beiklang der Pöbelherrschaft. Sie wurde neu gedacht, als auf Dauer errichtete oder zu errichtende repräsentative Verfassungsordnung der Bürger. Schon in diesen Jahrzehnten konnte Demokratie vereinzelt bereits mehr bedeuten, das Ziel einer neuen Gesellschaftsform bezeichnen. Doch behielt der Begriff der Demokratie eine oppositionelle Bedeutung in den politischen Auseinandersetzungen bei. Die hier versammelten Beiträge zeigen im Einklang mit der neueren Forschung, dass die Demokratie erst in den Jahren um oder nach dem Ersten Weltkrieg die entscheidende Schwelle überschritt, nicht länger als Ausdruck von Protest- oder Reformverlangen galt und viel mehr bezeichnete als eine mit Hoffnung oder Furcht erwartete Verfassungsordnung: eine alle Lebensbereiche erfassende Regierungs- und Lebensform, die den neuen politischen Horizont bildete und deren Ablösung zunehmend undenkbar wurde, die zentrale Kategorie des Politischen.

14 Anselm Doering-Manteuffel, »Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), S. 321–348, hier: S. 324; Rosanvallon, Begriffs- und Problemgeschichte, S. 56.

Die Beiträge machen ein doppeltes Spannungsverhältnis sichtbar: zwischen der beträchtlichen normativen Konstanz dessen, was Demokratie seit mehr als zwei Jahrhunderten in den Augen ihrer Erbauer und Verfechter sein soll,¹⁵ und der empirisch variablen »Verwirklichung der Demokratie«¹⁶ einerseits; andererseits zwischen den unterschiedlichen, miteinander wetteifernden, konvergierenden und antagonistischen Sprachen, Begriffen und Vorstellungen, Praktiken, Kulturen und Affektlagen der Demokratie in ihren spezifischen Kontexten und Konstellationen. Die Analyse muss darum ständig einen heuristischen Idealtypus, der als Ausgangspunkt unvermeidlich zu konstruieren ist, durch die Rekonstruktion der vielen konkreten Verwendungen des Begriffs, der Funktionen und Realisierungen der Sache in individuellen Kontexten korrigieren. Das leisten die nachfolgenden Beiträge auf ihre jeweils eigene Weise, wenn sie unterschiedliche Zugänge wählen. In einer Geschichte der Demokratie, wie sie dieser Band vorschlägt, verfügt keine Seite in den historischen Konflikten um die Demokratie a priori über die Definitionshoheit, doch können sich Konvergenzen und Koalitionen einstellen, die in einer historischen Konstellation die Bedeutung von Demokratie stabilisieren. Genau das scheint – bei aller Widersprüchlichkeit der Debatten, was diesen Prozess umso erstaunlicher macht – in den Jahren nach 1918 geschehen zu sein. Aber Demokratie blieb eine zukunfts offene Kollektivhandlung, gerichtet auf Ermöglichungen und Erweiterungen von Freiheit, zugleich durchzogen von Widersprüchen und Pathologien, von Entgleisungen der Mehrheit und der Unterdrückung von Minderheiten. Auch die Demokratie hat »dunkle Seiten«, die zwar mitunter verzerrt und vergrößert dargestellt werden, sich aber nur mit großem argumentativen Aufwand als unwesentlich abtun lassen.¹⁷

15 Sowohl den von den Handelnden als konstant aufgefassten normativen Kern als auch die vielfältige und widersprüchliche historische Praxis der Demokratie verbindet die Darstellung von Rosanvallon, *Gesellschaft*.

16 Otto Kirchheimer, »Weimar – und was dann? Analyse einer Verfassung [1930]«, in: ders., *Politik und Verfassung*, Frankfurt am Main 1964, S. 9–56, hier: S. 15.

17 Vgl. etwa Mazower, *Kontinent*; Michael Mann, *Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung*, Hamburg 2007; John Keane,

Die Entstehung der Demokratie als Wert an sich, die Akzeptanz dieser Demokratie, die Vielfalt ihrer Ausdrucksformen im politischen und im Alltagsleben, die Ausbildung eines allgemeinen demokratischen Erwartungshorizonts sind die Kernfragen, denen sich dieser Band widmet und denen sich hoffentlich noch viele weitere Forschungen stellen werden – denn wie die Demokratie selbstverständlich wurde und es auch in existenziellen Krisen blieb, während sie sich weiter wandelte und den Herausforderungen anpasste, darüber wissen wir viel zu wenig.

Wenn die Demokratie nach 1918 das Feld wurde, auf dem um das Ganze gestritten wurde, und wenn die Erforschung dieser Geschichte in ihren zeitgenössischen Handlungsrahmen und Erwartungshorizonten darum nahelegt, »dem Verlauf der Experimente und Annäherungen, der Konflikte und Kontroversen zu folgen, mittels deren das Gemeinwesen eine legitime Form anzunehmen versuchte«,¹⁸ dann stellt diese methodische Entscheidung eine normative und theoretische Zumutung dar. Normativ, weil sich diese Geschichte weder von ihrer Erforschung noch von ihrer fortgesetzten Entwicklung trennen lässt, solange wir in demokratischen Gesellschaften und Gemeinwesen leben. Auch der Versuch der Historisierung und Entnormativierung entkommt diesem Problem nicht, wie etwa das Werk Rosanvillons deutlich macht, in dem sich Historisierung, Theoriearbeit und Initiativen zur Aktualisierung einer un abgeschlossenen Geschichte verbinden. Theoretisch, weil sich in den Vorstellungen von Demokratie – unter den Zeitgenossen nach 1918, aber auch in vielen Redeweisen der Gegenwart – ein umfassendes, beinahe totales Verständnis des Politischen artikuliert. Politik mag, je nach Lesart und theoretischer Festlegung, durch selbstreferenzielle Bezüge, durch Kommunikation, Habitualisierungen und Routinisierungen des Handelns konstituiert und perpetuiert werden können – Demokratie nicht. Demokratie erhebt – oder wenigstens erhob sie über lange Phasen ihrer Geschichte hinweg – nicht nur einen normativen Anspruch, sie will oder wollte auch der Kern des Sozialen sein. Insofern ist Demokratie auch eine Zumu-

Violence and Democracy, Cambridge 2004; ders., The Life and Death of Democracy, London 2009.

18 Rosanvillon, Begriffs- und Problemgeschichte, S. 49f.

tung für viele Vertreter anderer Sozialwissenschaften. Die systemtheoretische Soziologie kennt das Politische nur als Teilsystem der Gesellschaft, ein Zentrum existiert nicht, autonome Handlungsfelder regulieren sich selbst. Geschichte taucht dabei in Gestalt von sehr allgemeinen, oft problematischen und überholten Annahmen über die Entwicklung der Moderne auf.¹⁹ Die Politikwissenschaft hat sich in vielen Fällen für eine historisch eher desinteressierte, kontextunabhängige Klassifizierung von Demokratiemerkmale entschieden.²⁰ Beide Ansätze könnten einer Geschichte der Demokratie wie der skizzierten nicht fremder sein. Aber vielleicht ließen sich dennoch interdisziplinäre Gesprächsangebote unterbreiten, wenn es der Geschichtswissenschaft gelingt, durch historische Annäherungen zu einer schärferen empirischen Erfassung und theoretischen Bestimmung von Demokratie beizutragen und so ihre Sache stärker zu machen.

Handelt es sich bei dieser Geschichte, deren Protagonisten doch schon im 19. Jahrhundert mit einem universalen Erwartungsbegriff den Anspruch erhoben, für die ganze Welt zu sprechen, um eine rein europäische oder westliche Geschichte? Auch wenn der Begriff der »westlichen Demokratie(n)« im Ersten Weltkrieg erfunden wurde²¹ – Träume von einer weltweiten Ausbreitung der Demokratie sind nichts Neues. Um nur ein literarisches Beispiel von 1851

19 Vgl. nur eines der prominentesten, für eine mittlerweile gewaltige systemtheoretische Literatur stehenden Beispiele: Niklas Luhmann, *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München 1981; Helmut Willke, *Demokratie in Zeiten der Konfusion*, Frankfurt am Main 2014; vgl. jedoch zur Vielfalt der soziologischen Theoriebildung über die Moderne Hans Joas/Wolfgang Knöbl, *Sozialtheorie. Zwanzig einführende Vorlesungen*, Berlin 2011; Wolfgang Knöbl, *Spielräume der Modernisierung. Das Ende der Eindeutigkeit*, Weilerswist 2001.

20 Vgl. etwa Dirk Berg-Schlosser (Hg.), *Democratization. The State of the Art*, Opladen 2007; Svend-Erik Skaaning/Jørgen Møller, *Democracy and Democratization in Comparative Perspective. Conceptions, Conjunctures, Causes, and Consequences*, London 2013. Für Geschichtswissenschaft wie Soziologie weiterführend ist Francis Fukuyama, *The Origins of Political Order. From Prehuman Times to the French Revolution*, London 2011; ders., *Political Order and Political Decay. From the Industrial Revolution to the Globalisation of Democracy*, London 2014.

21 Vgl. Llanque, *Demokratisches Denken*.

zu zitieren: »[...] und wenn es der Raum erlaubte, ließe sich klar und deutlich zeigen, wie diese Walfänger schließlich und endlich den Anstoß zur Befreiung Perus, Chiles und Boliviens vom Joche des Alten Spaniens und zur Errichtung der ewigen Demokratie in diesen Breiten gaben.«²² Seit den demokratischen Revolutionen im späten 18. und im 19. Jahrhundert tauchten diese Vorstellungen immer wieder auf. In den Jahren seit dem Ersten Weltkrieg verstärkten sie sich, eine weltweite Demokratisierung rückte in den Erwartungshorizont der Zeit. Auch in Russland, Indien, China oder Japan wurde um Demokratie, um das Wahlrecht und die Gewaltenteilung öffentlich gestritten; die größten Wahlen, die die Welt bisher gesehen hatte, wurden organisiert, Hunderte Millionen von Menschen wählten zum ersten Mal in ihrem Leben. Es gab keinen Teil der Welt, der nicht von dieser Erwartung erfasst wurde.²³ Aber die Jahre nach 1918 erinnern zugleich daran, dass Wahlen und einigermassen friedliche Regierungswechsel in den Augen der Zeitgenossen nicht das einzige Kriterium für die Entstehung, das Selbstverständnis und den Fortbestand von Demokratien waren. Die Globalität der Erwartung bedeutete nicht die Gleichzeitigkeit der Entwicklung. Auch in Europa wurde die Demokratie nicht überall zur Normalität. Das trifft nicht nur im Hinblick auf die politischen Ereignisse und Institutionen zu. Ungeachtet der wechselseitigen Verflochtenheit und Beobachtung war etwa in Osteuropa die Wahrnehmung, in Demokratien zu leben, oder die Thematisierung der Demokratie in den politischen Debatten als selbstverständliche Regierungs- und Lebensform sehr viel weniger ausgeprägt als in den Teilen des Kontinents, mit denen sich die Beiträge dieses Bandes befassen.²⁴

In der Gegenwart sind ähnliche Erfahrungen gemacht worden. Die jüngste Welle globaler Demokratisierung ebte schnell wieder ab. Der Sturz oder Austausch von Machthabern und die Durchfüh-

22 Herman Melville, *Moby Dick oder Der Wal*. Deutsch von Matthias Jendis, München 2001, S. 193.

23 Vgl. den Beitrag von Adam Tooze in diesem Band, sowie Tooze, *Deluge*, S. 68–107, 173–198, 321–332, 374–393.

24 Vgl. etwa Balázs Trencsényi, *The Politics of »National Character«*. A Study in Interwar East European Thought, London 2012; ders. u. a. (Hg.), *Negotiating Modernity. History of Modern Political Thought in East Central Europe*, 2 Bde., Oxford 2015–2016 (im Druck).

rung einigermaßen freier und gleicher Wahlen führen nicht zwangsläufig zum Selbstverständlichwerden der Demokratie. Auch diese Einsicht tauchte in den Diskussionen nach 1918 auf, in denen die Vorstellungen von Demokratie umfassend waren und weit über politische Institutionen hinausgingen. Nach dem Ersten Weltkrieg vertraten minimalistische, allein den Wahlakt oder die Artikulation des Volkswillens in den Mittelpunkt stellende Kriterien von Demokratie eher die Anhänger plebiszitärer, parademokratischer Diktaturvorstellungen.²⁵ Rekonstruktionen vergangener Debatten schützen vor einer Verengung und Ausdünnung von Demokratiekonzepten, sie können Handlungshorizonte öffnen und zur Selbstreflexion anhalten, das Fragilitäts- wie das Kreativitätsbewusstsein schärfen.

Demokratie, im Gegensatz zu den Theorien der Demokratie, lässt sich nicht historisch fixieren. Dafür könnte man auf Nietzsches berühmten Satz aus der »Genealogie der Moral« über die Unmöglichkeit, Begriffe wie Demokratie zu definieren, verweisen. Mit Jacques Derrida, der die normativen Zumutungen der Demokratie anders als Nietzsche annahm, lässt sich die Demokratie als ein unendlicher Prozess der Demokratisierung vorstellen, als eine »*democratie à venir*« – zugleich als ein permanentes Versprechen, eine unabschließbare politische Kritik im Hier und Jetzt und als eine regulative Idee im Hinblick auf die Zukunft.²⁶ Die historische Perspektive muss allerdings auch in Betracht ziehen, dass die größten Augenblicke der Demokratie, der Verwirklichung ihrer Versprechen, bereits hinter uns liegen könnten.

In den Diskussionen, die zu diesem Band führten, haben sich sieben Grundverständigungen über die Geschichte der Demokratie nach 1918 eingestellt, die sich in unterschiedlichem Maße in den einzelnen Beiträgen widerspiegeln. Dabei handelt es sich um heuristische und interpretative Vorschläge, um materialerschließende Thesen und Deutungsangebote, nicht um den Versuch, eine neue Orthodoxie zu etablieren.

25 Vgl. etwa Paul Nolte, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012, S. 258–264.

26 Vgl. Jacques Derrida, *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*, Frankfurt am Main 2003, besonders S. 48–66, 111–134.

1. Die Zeit seit Beginn des Ersten Weltkriegs kann als konstitutive Phase der modernen Demokratie aufgefasst werden – wobei die Wellenbewegungen und Episoden der Demokratisierung seit dem späten 19. Jahrhundert und auch die multiple Temporalität der Demokratie, ihr permanentes Einschreiben in oder Umschreiben von demokratischen Traditionen, als Fundamente dieser Dynamik zu berücksichtigen sind. Die Demokratie befand sich im Prozess der Entstehung. Dieser Band stellt sich linearen nationalen Kontinuitätsdeutungen entgegen und nimmt stattdessen das internationale demokratische Projekt und die Erwartungen der 1920er und 1930er Jahre ernst. Kontexte sind dabei für die Erklärung relevanter als Kontinuitäten. Wenn auch demokratische Traditionen in unterschiedlichem Maße die Entwicklung beeinflussten, wenn auch einige Demokratien in diesen Jahren einen stabileren Zustand erreichten als andere, handelte es sich dennoch überall zugleich um einen Neuanfang, um einen Augenblick, wenn nicht eine Epoche der radikalen Diskontinuität.

2. Zur Korrektur vorherrschender Deutungsmuster wird eine verhalten optimistische Lesart vorgeschlagen. Schlagwörter wie »dunkler Kontinent«, »Zeitalter der Extreme« und »Katastrophenzeitalter«, »Nachkriegs-Gewaltgesellschaften« verdecken den demokratischen Prozess, den dieser Band als das zentrale politische Ereignis dieser Epoche in den Blick nimmt. Darum wird auch nicht wie in so vielen Deutungen unproblematisch vom Scheitern von Demokratien oder gar der Demokratie gesprochen, sondern vielmehr die Frage aufgeworfen: Wie funktionierte die Demokratie? Wie stellte man sie sich vor, welche Experimente lagen im Möglichkeitshorizont der Zeitgenossen? Wie konnte sich die Demokratie unter schwierigen Umständen herausbilden und in immer neuen Krisen bestehen? Was überhaupt kann Scheitern oder Erfolg in diesen historischen Kontexten heißen? Individuellem Handeln und Kontingenz wird besondere Aufmerksamkeit zugewandt, die Offenheit jeder Krise, die durch sie gebotenen Chancen der kreativen Erneuerung oder Konsolidierung, die Vielfalt und Uneindeutigkeit der möglichen Ergebnisse werden betont.

3. Ein weiteres Spannungsverhältnis der Zeit war das zwischen dem exzessiven Nationalismus einerseits, der durch die Entstehung der modernen Demokratie mit ihrer auf Massenöffentlichkeit und

Massenkommunikation basierenden Politik noch gesteigert werden konnte, und andererseits den nicht weniger entschlossenen Anstrengungen, nationale Grenzen und Machtpolitik zu überwinden und auf staatliche Souveränität in Teilen zu verzichten, wofür – als sichtbare Zeichen neben vielen anderen – Völkerbund, Washingtoner Flottenabkommen und Locarno standen. Hier ließe sich viel mehr sagen, als es diesem Band möglich ist, in dem etwa die Versuche der supranationalen ökonomischen und finanziellen Integration und militärischen Abrüstung oder die kooperationsbefördernde erste globale amerikanische Hegemonie nur in wenigen Beiträgen angesprochen werden. Deutlich wird jedoch, dass es sich um miteinander verflochtene, »transnationale« Geschichten der Demokratie handelt.

4. Die Lern- und Gewöhnungsprozesse, die Praktiken und das Projekt der Demokratie wurden von den Zeitgenossen als ein langwieriges, komplexes, mehrdimensionales Unternehmen verstanden. Der Übergang zur Volkssouveränität war gerade in den Monarchien mit parlamentarischer Tradition fließender und unvollständiger als in alten und neuen Republiken; das Wahlrecht, dessen Universalität zur Norm geworden war, wurde in der Praxis schrittweise zur gleichen und freien Wahl für Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet; Parlament und Regierung waren die politischen Kerninstitutionen, zugleich sollten ergänzende korporative Vertretungen die Konsensbildung erleichtern; der demokratischen Kultur und Bildung wurden große Aufmerksamkeit geschenkt; die Demokratie führte auch zur Reform der Wirtschaftsordnung, zu einem demokratischen Kapitalismus; Pluralismus und Gemeinschaft, individuelle Bürgerrechte und gesellschaftliche Integration gehörten gleichermaßen zu den handlungsleitenden Vorstellungen der Demokratie; Staatsbau, Verwaltung, gutes oder verantwortungsvolles Regieren waren Teil des demokratischen Projekts; partizipationsermöglichende Sozialpolitik und ein auf individuelle Rechte gegründeter Wohlfahrtsstaat rückten ins Zentrum der demokratischen Debatten; transnationale Institutionen und gesellschaftliche Akteure spielten eine große Rolle in der Ausbuchstabierung der demokratischen Erwartungen. Selbst wenn von »westlicher Demokratie« zunehmend die Rede war, handelte es sich noch nicht um das im Kalten Krieg definierte Standardmodell der westlichen Demokratie.

Der Demokratiebegriff und die Bandbreite demokratischer Praktiken waren weit umfassender und Gegenstand demokratischer Auseinandersetzungen.

5. Die globale Vision der Demokratie, die in der politischen Rhetorik und in den internationalen Vertragswerken der Zeit verbreitet wurde, war dennoch keine völlig universale Vorstellung. Sie wies eine deutlich erkennbare temporale und geografische Hierarchie auf. In einem Kern von Nationen, einem europäisch-atlantisch-pazifischen Demokratiebogen, wurden die demokratischen Visionen in der Gegenwart verwirklicht. Die angrenzenden peripheren Nationen konnten danach streben, mittelfristig zu solchen Demokratien zu werden. Die kolonialen Untertanen und Nationen, in denen ein Kampf für die Selbstregierung geführt wurde, erhielten vage Verheißungen einer fernen demokratischen Zukunft; doch ließ sich die demokratische Dynamik nicht auf Dauer durch solche hierarchischen Verfügungen stillstellen.

6. Ein aus heutiger Sicht schwieriges, aber in den Debatten seit dem Ersten Weltkrieg zentrales Problem war das Verhältnis von politischer Führung zur Demokratie. Wie die Beiträge in Übereinstimmung mit anderen Erzeugnissen der neueren Forschung zeigen, kann die Erwartung politischer Führung, das Nutzen von Notstandsinstrumenten oder charismatisches politisches Handeln nicht als mit der Demokratie unvereinbar und auch nicht grundsätzlich als eine Schwächung von Demokratien betrachtet werden. Zwischen äußerlich scheinbar ähnlichen Führungsfiguren und politischen Methoden können sich enorme Abgründe auftun, wenn die Handlungskontexte berücksichtigt, die begleitenden Debatten rekonstruiert sowie die Folgen für den Zusammenhalt und die Erhaltung demokratischer Gesellschaften erwogen werden. Thesen wie die von der »entfernten Verwandtschaft« und allzu verengte »republikanische« Lesarten demokratischer Politik werden als für die historische Arbeit unbrauchbar verworfen.

7. Im Laufe der Diskussionen um diesen Band drängte sich das Interpretament einer zweiten Welle derselben Demokratisierungsbewegung auf, die im und nach dem Ersten Weltkrieg eingesetzt hatte: Die Krise von 1929/31 und der politische Umgang mit dieser Krise sorgte demnach entweder für eine Vertiefung, Verfestigung und Ausweitung des demokratischen Projekts oder für dessen fun-

damentale Erschütterung. Zwischen der Krisenreaktion und den demokratischen Vorstellungen der Jahre 1918 bestand demnach eine unmittelbare Kontinuität; die Demokratien, die »durchhielten«, knüpften an ihr eigenes Programm an, sie setzten den nach dem Krieg eingeschlagenen Weg fort, sie handelten im Rahmen des bereits konstituierten demokratischen Erwartungshorizonts. Ihre Politik in den 1930er Jahren lediglich als reaktiv im Hinblick auf die neue totalitäre Herausforderung zu deuten, würde diesen zeitgenössischen Handlungs- und Erwartungshorizont verkennen und den historischen Akteuren die Würde des eigenständigen, selbstbestimmten Handelns nehmen. Natürlich wurden die neuen Gegner und Todfeinde beobachtet; natürlich wuchs ein erhöhtes Gefährdungsbewusstsein. Aber von den Vereinigten Staaten bis nach Schweden ist offenkundig, dass die Demokratien und Demokraten selbst in der Existenzkrise nicht nur ihre Fragilität reflektierten, sondern aus ihrer Selbstreflexion auch die Überzeugung bezogen, dass sie als Regierungs- und vor allem als Lebensform überlegen waren und überleben würden. Der demokratische Handlungshorizont und nicht ein ökonomischer Imperativ trieb die politischen und gesellschaftlichen Reformen der 1930er Jahre an.

Im ersten Teil werden Themen erörtert, die die nationalen Demokratiegeschichten überschreiten, vor allem Kontinuitäten und Konvergenzen, die in der demokratischen Konstellation im und nach dem Ersten Weltkrieg auf ökonomischem Gebiet sowie in Bezug auf politische Institutionen und Wahlverfahren sichtbar wurden. Auch die transnationalen Ausgangsbedingungen der Geschichte der Demokratie in der Zwischenkriegszeit werden beleuchtet. *Adam Tooze* beschreibt die weltweite, aber uneinheitliche Demokratisierungswelle des ausgehenden 19. Jahrhunderts und untersucht die Dynamisierung der Demokratiegeschichte seit 1914. Der Erste Weltkrieg erscheint als Schlüsselphase für die Ausbildung von Konzepten und Praktiken der modernen Demokratie, als globaler Krieg unter demokratischen Bedingungen. Der Zusammenhang von Massenmobilisierung und Demokratie, die Bedeutung der demokratischen Revolution in Russland für die Entstehung der Vorstellung einer »westlichen Demokratie« und die Macht der Demokratie, mitten im Krieg den Krieg selbst infrage zu stellen, werden disku-

tiert. Die Offenheit und Intensität der Debatten um die Demokratie werden dabei deutlich. Am Ende steht die Möglichkeit im Raum, dass wir – die modernen Gesellschaften – vielleicht nie demokratischer waren als im und nach dem Ersten Weltkrieg. Die Vorgeschichte der Demokratisierung mit der Geschichte der Demokratie nach 1918 verbindet ebenfalls der Beitrag von *Hedwig Richter*. Die Massendemokratie, die nach dem Ersten Weltkrieg zur Norm und Praxis wurde, kam nicht aus dem Nichts. Wählen musste geübt, Wahlverfahren mussten entwickelt werden. Ohne die Schaffung des modernen Wählers, der bereits um 1900 Gestalt annahm, hätte die moderne Massendemokratie in den 1920er und 1930er Jahren ihre Arbeit nicht aufnehmen können. Neben der transnationalen Synchronität dieser Entwicklung arbeitet die Autorin auch die transatlantische Konvergenz der Wahlverfahren und der Demokratieakzeptanz unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg heraus. Die Grundlegung des modernen Wählens als des konstitutiven Akts der politischen Willensbekundung der Massendemokratien nach 1918 fand unter wechselseitiger Beobachtung statt; »Modernität« lässt sich in dieser verflochtenen Geschichte nicht auf der anderen Seite des Kanals oder des Atlantiks verorten. Auf der Grundlage dieser Kontinuität konnte die Diskontinuität der Massendemokratie einsetzen; alt und neu waren miteinander verschränkt.

Wie Demokratien nach 1918 funktionierten, arbeiten exemplarisch die beiden folgenden Beiträge in vergleichender oder transnationaler Perspektive heraus. *Benjamin Schröder* stellt die neue Ungewissheit in den Mittelpunkt, mit der politische Parteien und Politiker durch die Ankunft der Massendemokratie im Zeitalter vor der Meinungsumfrage konfrontiert waren, und weist darauf hin, dass in Großbritannien diesem Problem mit geschickteren, lagerübergreifende Kooperation erleichternden Methoden begegnet werden konnte, auch weil Wahlkämpfe professionalisiert wurden. *Laura Beers* untersucht die Handlungsmöglichkeiten eines transnationalen Netzwerks von Demokratieunterstützerinnen in den von nationalstaatlicher Politik bestimmten Krisen der 1930er Jahre. Sie skizziert ein neues Forschungsfeld und betont, dass den zivilgesellschaftlichen Akteurinnen, die sie erforscht, nicht die demokratische Initiative abgesprochen werden darf. Ihr Antifaschismus war nicht moskauhörig, selbst wenn situativ bedingte Koalitionen mit dem als

kleineres Übel betrachteten Kommunismus gegen den Nationalsozialismus eingegangen wurden. Im Mittelpunkt ihres Engagements stand der zukunftsweisende Einsatz für eine demokratische Weltpolitik und für Bürger- und Menschenrechte.

Daran schließen sich Untersuchungen zu grundlegenden Fragen der ökonomischen Organisation an, die den engen Bezug von Demokratie- und Kapitalismuskonzepten in jener Zeit herausarbeiten. *Andrea Rebling* zeigt im Gegensatz zur konventionellen zeit-historischen Interpretation, dass korporative Institutionen und Erwartungen nicht grundsätzlich mit der Demokratie im Konflikt stehen, sondern auch ein Ausdruck demokratischer Repräsentation sein können; auch hier ist die präzise Rekonstruktion der Kontexte nach 1918 unabdingbar. *Philipp Müller* verfolgt diese Spur in den Forderungen nach einer deutsch-französischen ökonomischen Kooperation, die von wirtschaftlichen Interessenvertretern beider Länder erhoben wurden. Einig war man sich in der Notwendigkeit einer Reform des Kapitalismus, und Kritik an den parlamentarischen Verfahren bedeutete nicht immer Ablehnung der Demokratie.

Mit einer zentralen, transnational diskutierten Frage der zeitgenössischen politischen Vorstellungswelt setzt sich schließlich *Moritz Föllmer* auseinander. Er untersucht die Debatten um demokratische Führung in der Zwischenkriegszeit, vor allem in den Krisen der 1930er Jahre, und stellt die oft flexiblen und kreativen Führungspraktiken von krisengeschüttelten Demokratien heraus. Sein Beitrag ist von fundamentaler Bedeutung für die Debatten um das Spannungsverhältnis von politischer Führung und Demokratie.

Im zweiten Teil des Bandes stehen ausgewählte nationale Kontexte im Vordergrund. Dabei wird die Absicht verfolgt, dass eine parallele Lektüre dieser Beiträge die internationalen Intertextualitäten der Demokratiegeschichte sichtbar macht und sich so deutliche Vergleichsperspektiven ergeben. Einer fundierten Diskussion nationaler Fälle, die einem gemeinsamen Fragenkatalog folgt, wie er in dieser Einleitung und besonders in den voranstehend ausgeführten sieben Thesen entworfen wurde, geben die Autorinnen und Autoren des Bandes den Vorrang vor einer Behandlung transnationaler Motive, die nicht selten die konventionellen Deutungen nationaler Historiografien in ihrer Zusammenschau übernehmen muss. Stattdessen setzen die Beiträge auf Neuinterpretationen nationaler Fälle,

die auf eigenen Forschungen basieren, aber durch das gemeinsame Gespräch informiert und somit transnational sensibilisiert sind. Die Hoffnung aller Beiträge zu diesem Band ist es, dass auf diese Art und Weise die internationalen Resonanzen und Interferenzen der Demokratiegeschichte nicht überhört werden, obwohl nationale Demokratiegeschichten der privilegierte Gegenstand von Untersuchung und Diskussion sind. Die Geschichte der Demokratie interessiert uns, nicht die nationalen Geschichten als solche, aber die Geschichte der Demokratie fand vor allem – aber, wie der erste Teil dieses Bandes deutlich macht, nicht allein – in nationalen Geschichten statt. Bei allen Überlagerungen und Synchronisierungen von demokratischen Vorstellungen und Erwartungen fallen dabei Dissonanzen ins Gewicht, die transnationalen Kontexte schalten die nationalen Kontexte nicht aus, Unterschiede der Entwicklung und Kontingenzen treten hervor. Leider konnten nicht alle relevanten Fälle berücksichtigt und nicht für alle Fachleute gewonnen werden, trotz intensiver Suche; es gibt in vieler Hinsicht Grenzen dessen, was ein solcher Band leisten kann. Auch wenn unser Maßstab war, nach Gesellschaften Ausschau zu halten, in denen die Demokratie in den zeitgenössischen Selbstverständigungen zur fragilen Normalität geworden war, bleiben zahlreiche Länder unberücksichtigt, die in der vergleichenden Forschung Beachtung finden müssten, in Europa, angefangen mit Belgien, Norwegen, Österreich und der Schweiz, ebenso wie in anderen Teilen der Welt, wo Kanada, Australien oder Neuseeland herausragen, aber auch Japan und andere Nationen interessante Fälle darstellen.

In diesem zweiten Teil, der sich nationalen Kontexten und Kontingenzen widmet, setzt *Helen McCarthy* ihre bahnbrechenden Überlegungen zur britischen Demokratie in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg fort, die sie als ein Zeitalter des *making* und *re-making* einer vielfältigen demokratischen Kultur darstellt. Politische Führung und Alltagshandeln der Bürger, Wahlrecht und wohlfahrtsstaatliche Initiativen waren Teil dieser demokratischen Kulturpflege. *Ben Jackson* erweitert diese Lesart der britischen Demokratie um den Hinweis auf die Debatten um Gleichheit und soziale Gerechtigkeit, die die britischen Liberalen und die Linke dominierten und zu einer beide politische Strömungen verbindenden sozialen Vorstellung der Demokratie führten. *Jessica Wardhaugh*

nimmt die Ausbildung einer neuen demokratischen Kultur und die politischen Experimente in Frankreich in den 1930er Jahren in den Blick und unterstreicht dabei die Krisenhaftigkeit und Instabilität der französischen Demokratie; Narrativen der demokratischen Kontinuität entzieht sie den Boden, die Demokratisierung der Politik fand im Zuge von Kämpfen um die massenpartizipatorische Ordnung in der Krise statt. *Tim B. Müller* plädiert dafür, die Weimarer Republik als Demokratie in ihrem zeitgenössischen Kontext zu untersuchen und weniger in nationale Kontinuitäten zu stellen, und verweist auf die Anstrengungen um eine demokratische Kultur und auf die demokratische Reflexion, die in der Wirtschaftspolitik zum Ausdruck kam. Die Demokratie wurde den Deutschen selbstverständlich, eine Ablösung der Demokratie zunehmend undenkbar. *Philipp Nielsen* stellt die Frage nach der Akzeptanz der deutschen Demokratie im rechten Lager und arbeitet heraus, dass die Parteiführung der Deutschnationalen in Anerkennung der als unabänderlich aufgefassten Demokratisierung bis in die späten 1920er Jahre nicht nur zu einem immer konstruktiveren politischen Verhalten bereit war, sondern auch an einem konservativen Demokratieverständnis arbeitete und über sekundäre Begriffe und Affekte wie Verantwortungsgefühl die Akzeptanz der Demokratie stärken wollte. *Stefanie Middendorf* zeigt, wie sich im Rahmen des Staatsbegriffs der deutschen Finanzbürokratie auch Loyalität zur Demokratie ausbilden konnte, wie dann in der Krise seit 1930 demokratische Impulse jedoch in den Hintergrund traten und nur noch der Staat an sich gerettet werden sollte sowie die Skepsis gegenüber Parlament und Parteien zunahm.

Urban Lundberg gibt den Diskussionen um das schwedische Volksheim eine neue Grundlage. Das Volksheim war ein Mitbürgerheim, das von selbstbestimmten Bürgern im gemeinsamen Gespräch errichtet und erweitert wurde. Ihre antidemokratischen Affekte würden sie durch die Einübung von Selbstbeherrschung und demokratischer Kultur in Schach halten. Lundbergs genaue Rekonstruktion dieser Vorstellungen, die bislang noch nicht geleistet wurde, kann belegen, dass der schwedische Ministerpräsident Per Albin Hansson damit keine kollektivistische Vision, sondern eine Bürgergemeinschaft der individuellen Rechte, eine demokratische Lebensform zur handlungsleitenden Idee machte. *Jeppe Nevers*

führt die Vielfalt und Widersprüchlichkeit der dänischen Demokratiebegriffe in den 1920er und 1930er Jahren vor Augen und stellt dar, wie Demokratie umfassendere Bedeutungen annahm, den politischen Horizont bis hin zur extremen Rechten konstituierte und schließlich zum eigenständigen Wert wurde, der bei den Sozialdemokraten den Sozialismus ersetzte: In der Demokratie der Gegenwart trafen sich demnach die liberale Demokratie der Vergangenheit und die soziale Demokratie der Zukunft. *Johanna Rainio-Niemi* stellt den finnischen Fall vor, die instabilste der nordischen und zugleich die stabilste der neuen, aus dem Zerfall von Imperien hervorgegangenen Demokratien. Für die vergleichende Diskussion ist von besonderer Relevanz, dass sie das entschlossene, vor Notstandsmaßnahmen und Grundrechtseinschränkungen nicht zurückschreckende Agieren des Staatspräsidenten als Schlüsselfaktor in der Abwehr von Demokratiezerstörung und antidemokratischen Putschversuchen beschreibt. *Elisabeth Dieterman* kann zeigen, dass in den Niederlanden ein demokratischer Erwartungshorizont relativ spät Einzug hielt und der autoritär auftretende Premierminister Hendrik Colijn lange Zeit die Hoffnungen auf politische Führung erfüllte, dass aber gerade in der ökonomischen Krise mit einem von Sozialdemokraten und Katholiken unterstützten Reformprogramm im Namen der nationalen Einheit ein umfassender Demokratiebegriff, die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie und ein neuer demokratischer Optimismus die Debatten zu bestimmen begannen. *Andrea Orzoff* stellt in ähnlicher Weise dar, dass die Jahre nach 1918, mit ihrer extremen Personalisierung der Demokratie, ihren widersprüchlichen Demokratiebegriffen und ihren autoritären Zügen, zur dauerhaften Grundlegung einer demokratischen Kultur und eines demokratischen Erwartungshorizonts in der Tschechoslowakischen Republik führten. *Till Kössler* beschreibt die Schwierigkeiten, die extreme Polarisierung in der Geschichtsschreibung der spanischen Demokratie zu überwinden, und eröffnet anhand der illustrierten Presse Einblicke in die Formierung einer pluralistischen Gesellschaft, in das moderne Alltagsleben und in die wachsende Akzeptanz der Demokratie sowohl der radikalen Republikaner als auch der katholischen Antidemokraten in den frühen 1930er Jahren. Lange haben Antagonismen, die erst im keinesfalls unvermeidlichen Bürgerkrieg entstanden, die historio-

grafische Deutung der Demokratie zuvor überlagert. *Jason Scott Smith* schließlich skizziert die Transformation der Vereinigten Staaten durch den »New Deal«. Weder aktivistische Wirtschaftspolitik noch die Übernahme autoritärer Handlungsmuster charakterisierten den Kern von Roosevelts Politik. Ihm ging es in doppelter Hinsicht um die Demokratie – um den Ausbau Amerikas zur modernen, wohlfahrtsstaatlichen, stabilen Demokratie und zugleich um die Etablierung einer dauerhaften Hegemonie seiner Demokratischen Partei in dieser amerikanischen Demokratie. Aus beiden Gründen fand mitten in der ökonomischen Krise, die die Nation an den Rand des Zusammenbruchs führte, der Umbau der Vereinigten Staaten zum demokratischen Wohlfahrtsstaat statt. Nicht ökonomische Effizienz, sondern politische Effektivität war das Ziel dieser Demokratieneugründung auf amerikanischem Boden.

Dieser Band will eine Diskussion *eröffnen*. Die Geschichte der Demokratie ist ein viel zu faszinierendes Forschungsfeld, um von anderen historischen Perspektiven marginalisiert zu werden. Wenn wir über das Politische in den 1920er und 1930er Jahren reden, sollten wir nicht nur Wirtschaftskrisen und politische Gewalt, »social engineering« und sozialen Radikalismus, Massenkultur und künstlerische Avantgarde im Sinn haben, sondern vor allem das, was das Neue und Charakteristische und Dynamische des Zeitalters war – die Demokratie, die in diesen Jahren zur europäisch-atlantischen Norm und internationalen Verheißung wurde. Die Plötzlichkeit, mit der die Demokratie zur Normalität wurde, kommt in den Quellen deutlich zur Sprache. In seinem epochalen Werk »Modern Democracies« merkte der britische Rechtsgelehrte und Politiker James Bryce 1921 an: »A no less significant change has been the universal acceptance of democracy as the normal and natural form of government. Seventy years ago, as those who are now old can remember, the approaching rise of the masses to power was regarded by the educated classes of Europe as a menace to order and prosperity. Then the word Democracy awakened dislike or fear. Now it is a word of praise. Popular power is welcomed, extolled, worshipped. The few whom it repels or alarms rarely avow their sentiments. Men have almost ceased to study its phenomena because these now seem to have become part of the established order of things. The old

question, – What is the best form of government? is almost obsolete because the centre of interest has been shifting. It is not the nature of democracy, nor even the variety of the shapes it wears, that are to-day in debate, but rather the purposes to which it may be turned, the social and economic changes it may be used to effect.« Die britische Monarchie und die amerikanische Republik nahm Bryce von diesem Umbruch der politischen Maßstäbe nicht aus. Zugleich zeigte sich bei ihm ein Bewusstsein der Fragilität dieses neuen, selbstverständlich gewordenen demokratischen Standards: »yet its universal acceptance is not a tribute to the smoothness of its working«. Denn ökonomische Effizienz gehörte nicht zu den demokratischen Versprechen.²⁷

Die Geschichte der Demokratie ist jedoch, weil wir in Demokratien leben und den normativen Zumutungen dieser Geschichte nicht entkommen, in besonderem Maße anfällig für nationale Legendbildungen und erbauliche Erzählungen einerseits, Fundamentalkritik und Denunziationen andererseits. Diesen Gefahren hofft dieser Band durch seinen konsequent historisierenden Zugriff und sein transnationales Bewusstsein zu entgehen. Aber es gibt auch ein aktuelles Interesse an diesem Forschungsgegenstand. Wenn heute die Fragilität der Demokratie wieder in den politischen Horizont rückt, einer der bekanntesten Demokratiehistoriker davon spricht, dass »die europäische Demokratie in gefährliche Zeiten eintritt«²⁸ und selbst nüchterne Beobachter die britische und die amerikanische Demokratie, die beide so lange als so alt und vorbildlich galten, in seit Jahrzehnten ungekannten Verfassungs- und Systemkrisen sehen – gerade dann ist der Blick zurück erforderlich in die Epoche, die vor 100 Jahren begann, in die Epoche, in der die Demokratie zur Normalität wurde, aber diese Normalität nicht ohne innere und äußere Fragilität zu denken war.

Die Herausgeber danken Myriam Gröpl und Tobias Schottdorf für ihre vielfältige Hilfe und Birgit Otte für die exzellente und engagierte Betreuung dieses Bandes.

27 James Bryce, *Modern Democracies*, Bd. 1, New York 1921, S. 3f.

28 Mark Mazower, »From dawn to dusk – European Democracy Enters Dangerous Times«, *Financial Times* vom 31. 1. 2015.

I

Konstellationen,
Kontinuitäten und
Konvergenzen

Adam Tooze

Ein globaler Krieg unter demokratischen Bedingungen

Der Begriff Demokratie war in der englischen Sprache am Anfang des 20. Jahrhunderts noch nicht darauf beschränkt, eine feststehende Verfassungsordnung zu bezeichnen. Demokratie konnte sich auch auf Volksbewegungen oder Teile des Meinungsspektrums beziehen.¹ Im Wortschatz eines Reformers wie David Lloyd George, dem britischen Premierminister von 1916 bis 1922, stand »Demokratie« für die Anhänger des radikalen Liberalismus und der Labour Party. Diese begriffsgeschichtliche Auffälligkeit lässt sich in zweierlei Hinsicht deuten. Zum einen erinnert sie daran, dass die Demokratie im frühen 20. Jahrhundert längst noch nicht zur Realität geworden war, in Großbritannien so wenig wie andernorts. Wenn Historiker den Fortschritt in Richtung »westliche Demokratie« infrage stellen und erklären, dass diese in ihrer voll ausgebildeten Form erst nach 1945 in Erscheinung trat, dann können sie auf die Beschränkungen des Wahlrechts vor dem Ersten Weltkrieg hinweisen. Vor 1918 durften weniger als 60 Prozent der britischen Männer wählen.² Aber man kann diese Tatsache auch in einem anderen Licht betrachten. Dass eine demokratische Verfassung kein Garant für die politische Energie von Demokratien ist, haben das

1 Vgl. Andrew Chadwick, *Augmenting Democracy. Political Movements and Constitutional Reform during the Rise of Labour. 1900–1924*, Aldershot 1999.

2 Henry Colin Gray Matthews/Robert I. McKibbin/John A. Kay, »The Franchise Factor in the Rise of the Labour Party«, in: *English Historical Review* 91 (1976), H. 361, S. 723–752.

20. und das 21. Jahrhundert im Übermaß demonstriert. Wenn im Zentrum der Demokratie die pluralistische politische Auseinandersetzung engagierter Bürger steht, ist die Wahlrechtsstatistik ein unzureichender Maßstab der Demokratisierung. Liberal-demokratische Selbstzufriedenheit kann wie eine antipolitische Maschine funktionieren. Im Gegensatz dazu haftete dem Begriff Demokratie 1914 noch die Schärfe des Oppositionellen an. Demokratie war keine etablierte Sache; Demokratie war der Schlachtruf derjenigen auf der ganzen Welt, die diese Demokratie schaffen wollten. Dieser Beitrag fragt nach dem Zusammenhang zwischen dieser politischen Dynamik und dem Großen Krieg, der im August 1914 ausbrach.

Vor dem Krieg: Die erste Welle der Demokratisierung

Im frühen 20. Jahrhundert war die Demokratisierung eine umkämpfte Entwicklung, es lassen sich Tendenzen sowohl der Intensivierung als auch der Auflösung beobachten. Feminismus und Sozialismus waren gewaltige Kräfte, die nach Erweiterung und Intensivierung verlangten. Geoff Eley hat diese Energien in seiner Geschichte der Demokratie in Europa aus der Perspektive der Linken festgehalten.³ Die exemplarische »Lib-Lab«-Allianz wurde in Großbritannien geformt, wo von 1905 bis 1918 die konvergenten Kräfte des radikalen Liberalismus, der Sozialreformer, der organisierten Arbeiterbewegung, des irischen Nationalismus und der Frauenwahlrechtsbewegung die Verfassung umgestalteten. Aber es ist wichtig, den Blick nicht zu verengen und die Demokratisierung nicht ausschließlich mit der Linken zu identifizieren. Auf allen Seiten gab es dafür Triebkräfte. Und es gab keine lineare Verbindung zwischen den Errungenschaften »progressiver« Verfassungsreform und den Zielen linker Politik. Die populistische Welle in den Vereinigten Staaten mit ihrer Galionsfigur William Jennings Bryan, die von der Depression von 1893 ausgelöst wurde und das politische Establishment erschütterte, wurde auch von einer starken frem-

3 Geoff Eley, *Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000*, Oxford 2002.

denfeindlichen Strömung getragen.⁴ Christliche Demokraten und Wohlfahrtsaktivisten aus allen Lagern hatten ihren Anteil daran, dass der Druck, die Massen politisch zu integrieren, immer mehr zunahm. Die konservative Hoffnung, durch die Stimmen der Frauen würde sich der Radikalismus der männlichen Arbeiter neutralisieren lassen, trug zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts bei. Frauen erhielten selbst in einst katholisch-konservativen Ländern wie Österreich (1918), Polen (1918) und Irland (1928) unmittelbar nach dem Krieg das Wahlrecht. 1919 widerrief sogar Papst Benedikt XV. die Ablehnung des Frauenwahlrechts durch den Vatikan und setzte sich nun für das Wahlrecht für katholische Frauen ein. Konservative waren es auch, die nach dem Ersten Weltkrieg in Belgien (1919, allerdings nur auf kommunaler Ebene), Kanada (1919) und den Niederlanden (1919) für die Ausweitung des Wahlrechts auf Frauen sorgten.

Zu den lautstärksten und gegenüber dem traditionellen System aufsässigsten politischen Akteuren im frühen 20. Jahrhundert gehörten in vielen Ländern Nationalisten, die sich auf eine Massengrundbasis stützten. Auch wenn sie sich gegen die Linken richteten und autoritär waren, trugen Bewegungen wie die Alldeutschen zur Mobilisierung der Gesellschaft, zur Dynamisierung der Politik und zur Anfechtung von Autorität bei.⁵ Ähnlich wie im deutschen Kaiserreich war das in Japan der Fall, wo der Vertrag von Portsmouth die Erwartungen nicht erfüllte und einen zuvor nicht gekannten nationalistischen Protest gegen den »Ausverkauf« des Landes durch die Eliten auslöste. Die Ausschreitungen im Hibiya-Park im September 1905 waren der Anfang einer langen Phase von Volksunruhen und Protesten. Diese gipfelten 1918 in den Reisunruhen, die die Regierung der Kriegsjahre zu Fall brachten. Zum ersten Mal kam eine Regierung an die Macht, an deren Spitze kein Adliger stand.⁶

4 Joseph Gerteis/Alyssa Goolsby, »Nationalism in America. The Case of the Populist«, in: *Theory and Society* 34 (2005), H. 2, S. 197–225.

5 Geoff Eley, »Reshaping the Right: Radical Nationalism and the German Navy League, 1898–1908«, in: *The Historical Journal* 21 (1978), H. 2, S. 327–354.

6 Andrew Gordon, »The Crowd and Politics in Imperial Japan. Tokyo 1905–1918«, in: *Past & Present* 121 (1988), S. 141–170.

Die komplexen Ambivalenzen der demokratischen Energie im anglo-amerikanischen Raum bringt eindrucksvoll die Arbeit von Marilyn Lake und Henry Reynolds über die »Global Colour Line« zum Ausdruck.⁷ Sie zeigen, welche starken Demokratiebegriffe in den Vereinigten Staaten und im Britischen Empire im Umlauf waren, aber auch, wie diese beschränkt waren durch ihre nachdrückliche Verbundenheit mit rassistischer Ausgrenzung und mit weithin geteilten Vorstellungen von »Whiteness«. In diesem Kontext wurde das Frauenwahlrecht in Neuseeland 1893 und in Australien 1901 eingeführt. Diese Ambivalenzen prägten auch die »neue Freiheit«, die Woodrow Wilsons progressive Regierung von 1913 an proklamierte.

Obwohl die politischen Konstellationen in jedem Fall unterschiedlich und komplex waren, ist es bemerkenswert, in welchem Ausmaß sich in den Jahrzehnten bis 1914 buchstäblich die ganze Welt verändert hatte. In der Tat schien der demokratische Wandel so unausweichlich zu sein, dass man – in Anspielung auf das Konzept einer »condition of globality« (Michael Geyer/Charles Bright) – von einer »democratic condition«, von demokratischen Bedingungen sprechen könnte.⁸ Oder wie die militante Frauenrechtlerin Millicent Fawcett auf einer erfolgreich verlaufenen Kundgebung von Unterstützern des Frauenwahlrechts und der Labour Party im Frühjahr 1917 erklärte: Das Ergebnis der britischen Wahlrechtsreform »war eine Illustration der nicht endenden Energie und Vitalität der Frauenwahlrechtsbewegung«. Die Diskussion über die Ausweitung des Wahlrechts »wurde von einem Gegner des Frauenwahlrechts eröffnet, sie fand unter dem Vorsitz eines Gegners des Frauenwahlrechts statt, und anfangs nahmen zu 50 Prozent Gegner des Frauenwahlrechts daran teil; obwohl das Gebräu ziemlich nach Gegnerschaft zum Frauenwahlrechts aussah, kam am Ende, als der Zapfhahn geöffnet wurde, das Frauenwahlrecht heraus.«⁹ Die Me-

7 Marilyn Lake/Henry Reynolds, *Drawing the Global Colour Line. White Men's Countries and the International Challenge of Racial Equality*, Cambridge 2008.

8 Michael Geyer/Charles Bright, »World History in a Global Age«, in: *The American Historical Review* 100 (1995), H. 4, S. 1034–1060.

9 Sandra Stanley Holton, *Feminism and Democracy. Women's Suffrage and Reform Politics in Britain 1900–1918*, Cambridge 1986, S. 149.

thoden und Zutaten variierten, aber die Ergebnisse glichen sich immer mehr an.

In Belgien steigerte 1893 ein an Voraussetzungen gebundenes Wahlrecht für Männer, das mit einer Welle von Massenstreiks durchgesetzt wurde, die Zahl der Wähler um das Zehnfache.¹⁰ Nach vier Jahren erbitterter Parlamentsdebatte in den Niederlanden führte eine konservative Regierung 1896 ein erheblich erweitertes Wahlrecht für Männer ein.¹¹ Frauen und Männer erhielten 1907 für das in seinen Rechten sehr eingeschränkte finnische Parlament und 1913 in Norwegen gleichzeitig das Wahlrecht. Zwar gab es in Schweden erst seit 1918 ein allgemeines Wahlrecht, und der König erkannte erst in den 1920er Jahren das parlamentarische Prinzip an, aber bereits 1907/09 war es zu einer demokratischen Wahlrechtsreform gekommen, die im Zweikammersystem allerdings wenig Wirkung zeitigte. Geheime und völlig demokratische Wahlen wurden auf lokaler Ebene in Dänemark 1901 bzw. 1908 eingeführt.¹²

Bismarck war einer der ersten Konservativen, der das allgemeine Männerwahlrecht als Waffe gegen den Liberalismus einsetzen wollte. Doch mit dem Machtzuwachs des politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie im Kaiserreich erwies sich dieser Plan als Eigentor. Um die Jahrhundertwende hing die konservative Prägung der deutschen Regierung vor allem von den Wahlrechtseinschränkungen in den meisten Teilstaaten des Reichs ab. Aber auch hier war der unablässige Druck in Richtung Wandel spürbar. Wahlrechtsreformen fanden zwischen 1904 und 1906 in Baden,

10 Vgl. Maurice Vauthier, »The Revision of the Belgian Constitution in 1893«, in: *Political Science Quarterly* 9 (1894), H. 4, S. 704–729.

11 Vgl. Jan Verhoef, »The Rise of National Political Parties in the Netherlands 1888–1913«, in: *International Journal of Politics* 4 (1974), H. 1/2, S. 207–221; für die weitere Entwicklung zur Demokratie vgl. den Beitrag von Elisabeth Dieterman in diesem Band.

12 Vgl. Adam Przeworski, »Conquered or Granted? A History of Suffrage Extensions«, in: *British Journal of Political Science* 39 (2009), H. 2, S. 291–321. Zu Dänemark vgl. den Beitrag von Jeppe Nevers in diesem Band; zu Finnland den Beitrag von Johanna Rainio-Niemi; zu Schweden den Beitrag von Urban Lundberg; sowie Francis Sejersted, *The Age of Social Democracy. Norway and Sweden in the Twentieth Century*, Princeton 2011.

Württemberg und Bayern statt. Sachsen schwankte zwischen größeren und kleineren Erweiterungen des Wahlrechts hin und her, was 1910 riesige Wahlrechtsdemonstrationen auslöste.¹³ In diesem Jahr kam es auch zu großen Demonstrationen in Preußen, die eine Reform des berüchtigten Dreiklassenwahlrechts forderten.

Zwischen 1896 und 1907 wurden die österreichische Verfassung demokratisiert, das Zensuswahlrecht mit seiner Abstimmung nach Wählerklassen abgeschafft und das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt. Ambivalenter ging die Demokratisierung in Ungarn vonstatten, wo zwischen 1906 und 1908 dafür gesorgt wurde, dass den Stimmen der ungarischsprachigen Bevölkerung ein größeres Gewicht zufiel.¹⁴ In Bosnien-Herzegowina, das noch nicht lange Teil des Habsburgerreichs war, wurden 1910 Landtagswahlen abgehalten.

In Italien hatten politische Reformer schon lange die Frage diskutiert, ob man das allgemeine Wahlrecht entweder auf einen Schlag durch die Ausweitung des Wahlrechts oder langsam, im Zuge eines Reformprozesses und von Massenbildung einführen sollte. Am 18. März 1911 erklärte der liberale Ministerpräsident Giovanni Giolitti seine überraschende Kehrtwende vor dem Parlament: »Heute glaube ich, dass die Erweiterung des Wahlrechts nicht länger vertagt werden kann. Zwanzig Jahre nach der letzten Wahlrechtsreform hat eine große Revolution in Italien stattgefunden, die großen Fortschritt bei der wirtschaftlichen Lage, dem Bildungsstand und den moralischen Bedingungen des Volks bewirkt hat. [...] Ich finde nicht, dass eine Prüfung, wie geschickt ein Mann die 24 Buchstaben des Alphabets gebraucht, darüber entscheiden sollte, ob er die großen Fragen beurteilen kann, die das Volk betreffen.« Vom konservativen Oppositionsführer Sidney Sonnino hatte er keinen ernsthaften Widerstand zu erwarten. Sonnino erklärte sich

13 James Retallack, »What Is to Be Done? The Red Specter, Franchise Questions, and the Crisis of Conservative Hegemony in Saxony. 1896–1909«, in: *Central European History* 23 (1990), H. 4, S. 271–312; vgl. Margaret Lavinia Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000.

14 William Francis Dodd, »Constitutional Developments in Foreign Countries During 1908 and 1909«, in: *The American Political Science Review* 4 (1910), H. 3, S. 325–349.

selbst, unter Verweis auf Bismarck, zum Befürworter des allgemeinen Wahlrechts. »Nur auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts kann die Regierung die Stärke gewinnen, das Allgemeininteresse zu vertreten und zu schützen, das ständig bedroht wird durch die partikularen Interessen von Einzelnen, von Regionen, von kleinen und egoistischen Gruppen.« Sonnino wäre sogar bereit gewesen, das Frauenwahlrecht zu unterstützen. Der Abgeordnete und Soziologe Gaetano Mosca befand sich in der Minderheit mit seiner elitären Position, Millionen von ungebildeten Wählern als ungeeignet abzulehnen.¹⁵

Das Argument der Demokraten zielte in die umgekehrte Richtung: Mobilisierung und Inklusion würden das Bildungsniveau der Bevölkerung insgesamt anheben. In Bulgarien forderten neue sozialistische und agrarische Parteien seit 1900 die Herrschaft der Eliten heraus und erreichten von 1908 an 20 bis 30 Prozent bei Wahlen.¹⁶ Auch die rumänischen Eliten standen unter Druck, die Basis für ihr politisches System zu erweitern. 1914, nach dem zweiten Balkankrieg, entwarf die liberale Regierung von Ion Brătianu eine Verfassung, die das allgemeine Männerwahlrecht vorsah und nach dem Weltkrieg zur Grundlage einer umfassenden Wahlrechtsausweitung wurde. Die griechische Elitenpolitik wurde 1909 durch den Aufstand von Goudi erschüttert, was der liberalen Reformbewegung von Eleftherios Venizelos den Weg bereitete und zu einer neuen Verfassung führte.¹⁷

Nicht jede dieser Entwicklungen führte zu einem dramatischen Wandel des Wahlrechts. In vielen Fällen waren die Ergebnisse weit von dem entfernt, was sich die Zeitgenossen unter einer Demokratie vorstellten, und die Demokratie bildete auch nicht überall gleichermaßen den politischen Erwartungshorizont. Aber wir können diese Ereignisse als »Episoden der Demokratisierung« auf-

15 Zit. nach Valentino Larcinese, *Enfranchisement and Representation. Italy 1909–1913*, http://politics.as.nyu.edu/docs/IO/19600/enfranchisement_nyu.pdf [4. 5. 2015], S. 8–10.

16 Richard J. Crampton, *A Short History of Modern Bulgaria*, Cambridge 1987.

17 Mark Mazower, »The Messiah and the Bourgeoisie. Venizelos and Politics in Greece. 1909–1912«, in: *The Historical Journal* 35 (1992), H. 4, S. 885–904.

fassen, um den hilfreichen Begriff von Daniel Ziblatt aufzugreifen.¹⁸ Diese »Episoden« waren nicht auf Europa oder den nordatlantischen und südpazifischen Raum beschränkt.

In Uruguay entstand in der Phase zwischen der Wahl von José Batlle y Ordóñez zum Präsidenten 1906 und den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1916 ein modernes Gemeinwesen, das die angespannte Pattsituation in der Auseinandersetzung zwischen der städtischen Arbeiterklasse von Montevideo und den Großgrundbesitzern beendete. Nicht nur ein liberales Wahlrecht, sondern auch umfangreiche Wohlfahrtsvorkehrungen wurden eingeführt. In Kolumbien betrieb die hegemoniale konservative Partei 1910 eine Wahlreform, die es der oppositionellen liberalen Partei erstmals ermöglichte, im Parlament vertreten zu sein.¹⁹ Der Nachweis der Lese- und Schreibfähigkeit als Voraussetzung für das Wahlrecht wurde in Costa Rica 1912 abgeschafft. In diesem Jahr entschloss sich auch die konservative Elite Argentiniens, des reichsten Landes in Lateinamerika, die anarchistische Minderheit durch die Einführung einer umfassenden Wahlrechtsreform auszuspielen. Jedoch bereitete das allgemeine Männerwahlrecht den Machtwechsel von den Konservativen zur Radikalen Partei (UCR) von Hipólito Yrigoyen 1916 vor.²⁰

Aber die Ausweitung der politischen Mitwirkung im frühen 20. Jahrhundert war nicht allein das Ergebnis weitsichtiger Zugeständnisse von Eliten. General Porfirio Díaz, langjähriger Diktator von Mexiko, meinte den »Geist des Zeitalters« zu spüren, als er einem amerikanischen Journalisten gegenüber erklärte, dass sein Land reif sei für die Demokratie, und die heiß umkämpften Wahlen von 1910 ankündigte. Er hatte nicht mit den Kräften gerechnet, die er entfesselte. Sein Versuch, das Wahlergebnis zu fäl-

18 Daniel Ziblatt, »How did Europe Democratize?«, in: *World Politics* 58 (2006), H. 2, S. 311–338.

19 Eduardo Posada-Carbó, »Limits of Power. Elections Under the Conservative Hegemony in Colombia. 1886–1930«, in: *The Hispanic American Historical Review* 77 (1997), H. 2, S. 245–279.

20 James W. McGuire, »Political Parties and Democracy in Argentina«, in: Scott Mainwaring/Timothy Cully (Hg.), *Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America*, Stanford 1995, S. 200–247, hier: S. 206.

schen, löste eine gewaltsame Abfolge von Revolution und Bürgerkrieg aus.²¹

Aus Sicht der Zeitgenossen war die mexikanische Revolution von 1911 kein Einzelfall.²² Sie war bereits die sechste in einer Serie von Verfassungsrevolutionen, die 1905 in Russland begonnen hatte, sich in Iran (1906/1909), dem Osmanischen Reich (1908) und Portugal (1910) fortsetzte und ihren Höhepunkt 1912 in China mit dem Sturz der Qing-Dynastie und den Wahlen zur ersten chinesischen Nationalversammlung im Winter 1912/13 erreichte. Diese ersten nationalen Wahlen in China verliefen ziemlich ungeordnet, aber sie waren die bis heute freiesten Wahlen der chinesischen Geschichte und ein eindrucksvoller Ausdruck der Demokratie. 25 Prozent der Männer durften wählen, was eine Zahl von etwa 40 Millionen Wählern bedeutete. Die Wahlbeteiligung lag zwischen 60 und 75 Prozent, und trotz erheblicher Korruption trug die nationalistische Kuomintang einen eindeutigen Wahlsieg davon.²³

Chinas republikanisches Experiment war ein gewaltiger Schock für Ostasien. Seit 1869 hatte die Meiji-Restauration in Japan in Europa und Amerika als Symbol für politische Reformen außerhalb der westlichen Welt gegolten. Aber die japanische Verfassung von 1889 war ein überaus konservatives Dokument, das sich an das preußische Modell und an das Vorbild des britischen Oberhauses anlehnte, und war innerhalb Japans nicht unumstritten. Sie war angesichts der liberalen Mobilisierung, die sich in den 1880er Jahren in der »Bewegung für Freiheit und Bürgerrechte« gesammelt hatte, ein enttäuschendes Ergebnis.²⁴ Von 1900 an erweiterten aufeinanderfolgende Wellen der Wahlrechtsreform die Wählerschaft von 450000 auf über eine Million (1902) und schließlich mehr als 1,5 Millionen (1908). Das allgemeine Männerwahlrecht wurde 1925 eingeführt.

21 Vgl. Eugene Maur Braderman, »Mexico's Political Evolution«, in: *World Affairs* 103 (1940), H. 4, S. 240–245.

22 Charles Kurzman, *Democracy Denied 1905–1915. Intellectuals and the Fate of Democracy*, Cambridge/Mass. 2008.

23 Mary Clabaugh Wright, *China in Revolution. The First Phase. 1900–1913*, New Haven 1968, S. 209–218.

24 Jackson H. Bailey, »Prince Saionji and the Popular Rights Movement«, in: *The Journal of Asian Studies* 21 (1961), H. 1, S. 49–63.

Die Forderung nach dem Wahlrecht machte auch an den Grenzen des Britischen Empire nicht halt. Der Präsident des Indischen Nationalkongresses, Dadabhai Naoroji, merkte 1906 an: »Sicherlich« seien die Inder als britische Untertanen »viel stärker zur Selbstregierung berechtigt« und zu »einem konstitutionellen Repräsentativsystem als die Bauern in Russland.«²⁵ In Worten, die wie eine Vorwegnahme von Giolittis Argumenten fünf Jahre später in Italien klingen, erklärte Naoroji: »Es ist unnütz, mir zu sagen, wir müssten warten, bis das ganze Volk reif dafür ist. Das britische Volk musste nicht so lange auf sein Parlament warten. [...] Wir werden niemals bereit sein, bis wir die Aufgabe und die Verantwortung wirklich übernehmen. Während China im Osten und Persien im Westen Asiens erwachen und Russland um die Befreiung ringt [...], können da die freien Bürger des Britisch-Indischen Empire weiterhin der Despotie unterworfen bleiben [...], die mit britischen Instinkten und Prinzipien, mit der britischen Zivilisation unvereinbar sind?«²⁶ Naoroji konnte eine Antwort auf seine Frage erwarten, denn 1905 hatten die Liberalen die Regierungsgeschäfte in London übernommen. Von 1892 bis 1895 saß Naoroji für die Liberal Party im Parlament, sein Wahlkreis war Finsbury im Norden Londons. In Reaktion auf den immer mächtiger werdenden indischen Nationalismus veranlasste der für Indien zuständige Minister John Morley, ein Veteran des von Premierminister Gladstone geführten Kampfes für »Home Rule« in Irland, nicht nur die Unterdrückung von Widerspruch in Bengalen, sondern auch eine Reihe politischer Reformen, die zum Morley-Minto-Rätesystem von 1909 führten. Zum ersten Mal erhielten indische Eliten eine aktive, aber begrenzte Teilhabe sowohl an der Zentralregierung als auch an den Provinzregierungen.

Blaise Diagne war 1914 der erste Afrikaner, der für die senegalesische Hauptstadt Dakar in die französische Nationalversammlung gewählt wurde. In Französisch und Wolof verbreitete Diagnes Wahlkampfkampagne die zentrale Botschaft des Zeitalters: »Bis heute haben die Weißen und die Métis um Sitze in der Nationalver-

25 Zitiert in: Kurzman, *Democracy Denied*, S. 4.

26 Dadabhai Naoroji, *The Late Dr. Dadabhai Naoroji on Swaraj*. Presidential Address at the Calcutta Congress 1906, Bombay 1917.

sammlung gekämpft. Heute gebe ich euch einen schwarzen Mann, einer wie du und ich!«²⁷ Diagnes Sieg bereitete den Boden für die beinahe vollständige Übernahme von Wahlämtern im kolonialen Senegal durch afrikanische Kandidaten. Rassenstreit stand auch in Südafrika im Vordergrund, wo ein leicht entflammbares Gemisch aus untereinander rivalisierenden weißen Siedlergemeinschaften, einer rasant wachsenden asiatischen Minderheit sowie mobilen und miteinander im Konflikt liegenden afrikanischen Bevölkerungsgruppen lebte. Als fünf Jahre nach dem Burenkrieg 1907 Transvaal und der Oranje-Freistaat das Recht auf Selbstregierung erhielten, wurde allen weißen Männern, aber keinem einzigen Farbigen das Wahlrecht verliehen. Mit dem Gesetz über die Südafrikanische Union von 1909 wurde der Status quo zwischen den Burenrepubliken und den zwei britischen Kolonien – Kapprovinz und Natal – gesichert. In der Kapprovinz wurde das Wahlrecht von schwarzen und farbigen Eliten garantiert.²⁸ Aus heutiger Sicht sieht das wie ein Minimalkompromiss aus, um die Demokratisierung aufzuhalten. Aber als der Kompromiss von 1909 vereinbart wurde, »glaubten viele Menschen in der Kapprovinz, dass auch die nördlichen Provinzen im Laufe der Zeit die liberalere Haltung des Kaps übernehmen würden«, wie ein Beobachter rückblickend in den 1950er Jahren erklärte. Erst die Unabhängigkeit Südafrikas von Großbritannien in den 1930er Jahren öffnete die Tür zum rassistischen Rollback.²⁹

Als das 20. Jahrhundert begann, gab es keinen Teil der Welt, der nicht von dem erfasst wurde, was Samuel Huntington später die »lange« erste Welle der Demokratisierung nannte.³⁰

27 G. Wesley Johnson, »The Ascendancy of Blaise Diagne and the Beginning of African Politics in Senegal«, in: *Africa. Journal of the International African Institute* 36 (1966), H. 3, S. 235–253.

28 Joan Rydon, »The Constitutional Crisis in South Africa«, in: *The Australian Quarterly* 28 (1956), H. 1, S. 38–47.

29 A. Peter Walshe, »The Origins of African Political Consciousness in South Africa«, in: *The Journal of Modern African Studies* 7 (1969), H. 4, S. 583–610.

30 Samuel P. Huntington, »How Countries Democratize«, in: *Political Science Quarterly* 106 (1991/1992), H. 4, S. 579–616.

Demokratiewelle und politische Kultur

So kritikwürdig die Quantifizierungsversuche der Politikwissenschaften auch sein mögen, sie haben ihren Nutzen darin, einen Sinn für Größenordnungen zu vermitteln. Jeder umfassende Überblick über den konstitutionellen Wandel seit dem späten 19. Jahrhundert deutet auf einen allgemeinen Trend der Wahlrechtsausweitung hin. Diesen Datensätzen zufolge kam es zu einer linearen Zunahme von Demokratien zwischen 1850 und 1914.³¹

Dabei handelte es sich nicht um rein formale Entwicklungen. Zwar variierte das Ausmaß der Regierungsübernahme von radikalen oder progressiven Kräften erheblich. Die sozialistische Bewegung war bekanntlich gespalten zwischen Reformisten und Radikalen, die jede Regierungsverantwortung ablehnten.³² Aber die Belege deuten darauf hin, dass der Demokratisierungsdruck – ob direkt, durch Einfluss auf die Regierung, oder indirekt, als latente Bedrohung – zum Anstieg der öffentlichen Ausgaben für Wohlfahrt und Bildung seit dem späten 19. Jahrhundert führten. Daron Acemoglu und James Robinson wagen sogar die Hypothese, dass der Wendepunkt der Kuznets-Kurve, also die abnehmende Ungleichheit auf höheren Einkommensniveaus, die sich im 19. und 20. Jahrhundert beobachten lässt, weitgehend auf die Politik der Demokratisierung und der Wohlfahrtsstaatlichkeit zurückzuführen ist.³³

Die Vorstellung einer »Welle« der Demokratisierung entspringt allerdings nicht nur der wissenschaftlichen Retrospektive. Die Demokratisierung war eine Bewegung, die sich ihrer selbst, ihrer

-
- 31 Vgl. die Tabellen bei Toke S. Aidt/Jayasri Dutta/Elena Loukoianova, »Democracy Comes to Europe. Franchise Extension and Fiscal Outcomes 1830–1938«, in: *European Economic Review* 50 (2006), H. 2, S. 249–283, etwa auf S. 254. Das gleiche Bild entsteht aus zusammenfassenden Kompositindizes, etwa dem auf der Grundlage der als Standard benutzten Polity-Datenbank; vgl. Renske Doorenspleet, »Reassessing the Three Waves of Democratization«, in: *World Politics* 52 (2000), H. 3, S. 384–406.
- 32 Gary Marks/Heather A. D. Mbaye/Hyung Min Kim, »Radicalism or Reformism? Socialist Parties Before World War I«, in: *American Sociological Review* 74 (2009), H. 4, S. 615–635.
- 33 Daron Acemoglu/James A. Robinson, »Why Did the West Extend the Franchise? Democracy, Inequality, and Growth in Historical Perspective«, in: *The Quarterly Journal of Economics* 115 (2009), H. 4, S. 1167–1199.

eigenen Geschichte bewusst war. Ein intensives Bewusstsein der eigenen Unvermeidlichkeit drückte 1902 eine prodemokratische Zeitschrift in Russland so aus: »Freie Formen für das politische Leben sind so wenig national wie das Alphabet oder die Druckerpresse, die Dampfmaschine oder die Elektrizität. Sie sind einfach Kennzeichen einer höheren Kultur.« Eine demokratische Kultur musste entwickelt werden, »wenn das öffentliche Leben so kompliziert geworden ist, dass es nicht mehr in einen primitiveren politischen Rahmen passt. Wenn eine solche Zeit gekommen ist, wenn eine neue Ära der Geschichte an die Tür klopft, dann ist es sinnlos, ihr Einschränkungen und Verzögerungen in den Weg zu legen. Sie kommt ohnehin.«³⁴

Eine so monolithische und funktionale Vorstellung von der Notwendigkeit der Demokratie könnte zwar die Sache der Demokratie gestärkt haben, aber im Rückblick ist etwas anderes auffällig an dieser Welle der Demokratisierung: der Facettenreichtum und die Vielfalt sehr unterschiedlicher, aber miteinander verknüpfter Elemente der politischen Kultur, die alle die Demokratisierung beförderten. In der Politik des frühen 20. Jahrhunderts verband sich die rhetorische Tradition, die in Schulen und an Universitäten in der ganzen westlichen Welt anhand eines Kanons von lateinischen und griechischen Exempla vermittelt wurde,³⁵ mit Traditionen der parlamentarischen Praxis, die auf das 18. Jahrhundert zurückgingen; hinzu kam das Vorbild, das Männer wie Lincoln, Cavour, Gladstone und Bismarck für heroische politische Führung in der Moderne lieferten.³⁶ Eine neue Generation politischer Führer wie Lloyd George beherrschte die neuartige Maschinerie der Massenmedien, die ihren Äußerungen eine zuvor ungekannte Reichweite verschafften.³⁷ Eine weitere Energiequelle und zugleich Bedrohung war die vitale revolutionäre Tradition, in der so unterschiedliche

34 Zitiert in: Kurzman, *Democracy Denied*, S. 34.

35 Georges Clemenceau, *Demosthenes*, London 1926; vgl. Lehrbücher wie Robert I. Fulton/Thomas Clarkson *Trueblood*, *British and American Eloquence*, Boston 1912.

36 Vgl. D. A. Hamer, »Gladstone. The Making of a Political Myth«, in: *Victorian Studies* 22 (1978), H. 1, S. 29–50.

37 J. M. McEwen, »Northcliffe and Lloyd George at War. 1914–1918«, in: *The Historical Journal* 24 (1981), H. 3, S. 651–672.

Persönlichkeiten wie Georges Clemenceau oder Rosa Luxemburg standen, aber auch soziale Bewegungen wie die Frauenwahlrechtsbewegung oder der Nationalismus in vielen seiner Spielarten, ob die irische oder die polnische, die aufständische oder die antikoloniale. Gleichzeitig stützte sich das politische Leben neben der institutionellen Sphäre des Parlaments auf die wuchernden Netzwerke der Massenorganisationen von Parteien und der Zivilgesellschaft, etwa der Gewerkschaftsbewegung, der Frauenbewegung und des katholischen Populismus.

So eingespielt und konsolidiert die demokratischen Institutionen heute sind – die politische Kultur des frühen 21. Jahrhunderts mutet wie ein blasser, schmuckloser, bürokratisierter und kommerzialisierter Schatten jenes vielfältigen und lebenssprühenden demokratischen Ökosystems am Anfang des 20. Jahrhunderts an, das nicht nur viel reichhaltiger, sondern auch viel weniger auf den Westen zentriert war als später. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schienen die geografische Ausrichtung der Demokratie und das politische Bewegungszentrum noch völlig offen zu sein. Einem selbstbewussten Zeitgenossen wie Sun Yat-sen zufolge beherrschten drei Prinzipien den Verlauf der Geschichte der hundert Jahre zuvor, die vom »natürlichen und unvermeidlichen [...] Fortschreiten der Zivilisation« gekennzeichnet waren: Nationalismus, Demokratie und der »Lebensunterhalt des Volkes«, womit er die »soziale Frage« meinte. Der Westen hatte mit den Revolutionen die Führung in den ersten beiden Bereichen übernommen, aber das dritte Problem blieb ungelöst. China konnte nicht einfach in die Fußstapfen westlicher Staaten treten, denn dieser »Pfad führte ins Nirgendwo, wie sie bewiesen haben«. Stattdessen musste die republikanische Revolution in China die soziale Frage in Angriff nehmen, bevor sie sich so schädlich auswirken würde wie im Westen. »Dann«, so stellte Sun es sich vor, könnte China »zurückblicken und sehen, dass Europa und Amerika unserem Beispiel folgen«. ³⁸

38 Sun Yat-Sen, Leitartikel für die erste Ausgabe von *Min Pa* vom. 26. 11. 1905, in: ders., *Prescriptions for Saving China. Selected Writings of Sun Yat-Sen*, hrsg. von Julie Lee Wei/Ramon Hawley Myers/Donald G. Gillin, Stanford 1994, S. 40.

Der Erste Weltkrieg und die Demokratie

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Wirkung der Erste Weltkrieg auf diese so breite und facettenreiche demokratische Welle ausübte, die vor dem Krieg eingesetzt hatte. Kurz gesagt: Der Krieg versetzte dieses politische System nicht nur in Schockstarre und Traumatisierung, sondern er dynamisierte es auch und führte ihm Energien zu. Aber wenn man von »Ursache« und »Wirkung« spricht, geht das am eigentlichen Zusammenhang von Demokratisierung und Krieg vorbei. »Wirkung« klingt allzu sehr danach, als ob der Krieg der Demokratisierung wie eine von außen einwirkende Kraft zugestoßen wäre. Aber in Wirklichkeit kann die Entscheidung zum Krieg nicht von der Berechnung getrennt werden, auf diese Weise die politische Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen – was für das Kabinett des russischen Zaren ebenso gilt wie für die liberale Regierung in London. Ehe wir also von der Wirkung des Krieges sprechen, sollten wir unseren Blick darauf richten, wie die Demokratisierung in die Konfliktursachen eingewoben war.

Eine klassische linke Deutung erklärt den Krieg mit dem verzweifelten Versuch reaktionärer Eliten, die Demokratisierung aufzuhalten oder abzubrechen.³⁹ Im Gegensatz dazu versteht die konservative Sichtweise den Krieg nicht aus antidemokratischen Taktiken, sondern als unheilvolle Folge der gewaltsamen Leidenschaften des populären Nationalismus, die der Liberalismus in Bewegung gesetzt hatte. Eine liberale Perspektive verbindet beide Positionen und deutet den Kriegsausbruch in Europa 1914 unter Verweis auf eine Hierarchie der politischen Entwicklung,⁴⁰ Demnach wurde der Krieg ausgelöst durch die Abwehrreaktionen der rückständigsten Regime in Europa, die keine andere Wahl zu haben glaubten, als einen Krieg zu führen, wenn sie im 20. Jahrhundert

39 Vgl. Arno J. Mayer, *Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft. 1848–1914*, München 1984.

40 Adam Tooze, »Capitalist Peace or Capitalist War. The July Crisis Revisited«, in: Alexander Anievas (Hg.), *Cataclysm 1914. The First World War and the Making of Modern World Politics*, Leiden 2015, Historical Materialism Book Series, Bd. 89, S. 66–95.

länger überleben wollten. Aber was die Gewalt auf dem Balkan ursprünglich entfesselte, war nicht nur Konservatismus, sondern es waren die Geburtsschmerzen einer uneinheitlichen Modernisierung. Christopher Clarks »Schlafwandler«, die die serbische und russische Verantwortung hervorheben, bieten eine eindrucksvolle Neuformulierung dieser Deutung.⁴¹ Systematisch unterfüttert wird dieses Argument durch die Forschungen von Edward Mansfield und Jack Snyder, die bei Staaten, die sich im Demokratisierungsprozess befinden, eine Tendenz erkennen, aggressiver aufzutreten.⁴²

Der Zusammenhang von Demokratisierung und Kriegsausbruch wird dadurch noch komplexer, weil es sich hierbei nicht nur um konkurrierende geschichtswissenschaftliche Deutungen handelt, sondern auch um Erklärungsmuster, die in der Epoche selbst unter den Zeitgenossen wirksam waren. Für den deutschen Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg war es in der Julikrise von entscheidender Bedeutung, dass Russland zuerst seine Truppen mobilisierte. Das hatte in doppelter Hinsicht mit den »demokratischen Bedingungen« des Zeitalters zu tun. Zum einen war Bethmann Hollweg darauf angewiesen, die Zustimmung der Sozialdemokraten, der größten Fraktion im Reichstag, zum Krieg zu sichern. Zum anderen nutzte er dafür die politischen Entwicklungsvorstellungen der SPD, die einen Verteidigungskrieg gegen Russland, das ihr als rückständig und autokratisch galt, mit ihrem marxistischen Geschichtsbegriff nicht nur vereinbaren, sondern sogar begründen konnte. Auf die Frage des Reeders Albert Ballin: »Exzellenz, warum haben Sie denn eine so enorme Eile, Russland den Krieg zu erklären?«, antwortete Bethmann Hollweg: »Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit.«⁴³

Im weiteren Verlauf des Krieges wurde die Verflechtung zwischen den Narrativen von Demokratisierung, Selbstregierung, Befreiung und Kriegführung immer enger, vor allem auf der Seite der

41 Vgl. Christopher Clark, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2014.

42 Edward D. Mansfield/Jack Snyder, »Democratization and the Danger of War«, in: *International Security* 20 (1995), H. 1, S. 5–38.

43 Bernhard von Bülow, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 3: *Weltkrieg und Zusammenbruch*, Berlin 1931, S. 167f.

Entente und ihrer amerikanischen Partner. Der Begriff der »westlichen liberalen Demokratie«, der im 20. Jahrhundert eine solche Macht entfalten sollte, indem er einen normativen Kurs für die »richtige« politische Entwicklung festsetzte, war ein Produkt des Krieges. In der Hitze des globalen Gefechts wurden unvereinbare und widersprüchliche Ideen von Republikanismus, Liberalismus, Demokratie, Konstitutionalismus und Rechtsstaatlichkeit sowie die Begriffe der »Selbstregierung« und des »responsible government« (oder der parlamentarischen Regierung) zu einem Ensemble verschmolzen, das im 19. Jahrhundert undenkbar gewesen wäre.⁴⁴ Eine Allianz von Staaten, die von Rumänien, Italien und Japan über Großbritannien und Frankreich bis zu Amerika und anderen Bundesgenossen reichte, wurde im Namen einer gemeinsamen Sache gegen das deutsche Kaiserreich und die zerfallenden Imperien der Habsburger und Osmanen aufgestellt. Diese unwahrscheinliche, zufällige Gegenüberstellung, die der Krieg geschaffen hatte, wurde später durch die Kategorien und Vorstellungen der Soziologie und Politikwissenschaften in den Status der Wirklichkeit erhoben und zum normativen Modell der politischen Moderne erklärt.

Fassungslosigkeit angesichts dieser plötzlichen Polarisierung ist etwa in Max Webers »Politik als Beruf« zu spüren. Weber beschrieb darin wenig schmeichelhaft und detailreich, wie die demokratischen Systeme Großbritanniens und Amerikas eigentlich entstanden waren, und erinnerte seine Leser an die empirischen Fakten und historischen Gründe, die dazu geführt hatten, dass vor dem Krieg Parteigremien, »Caucus« und politische Maschinen mit großer Skepsis betrachtet worden waren. Das deutsche Kaiserreich nahm die ihm zgedachte Rolle der rückständigen reaktionären Autokratie nicht widerstandslos hin. Der letztendliche Ausgang eines Krieges, in dem eine Koalition von selbsterklärten Demokratien bankrotte und unpopuläre Autokraten besiegte, war erst die

44 Vgl. Marcus Llanque, *Demokratisches Denken im Krieg. Die Deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2000. Carl Schmitt verdiente sich seinen Lebensunterhalt damit, dieses seltsame Gemisch auseinanderzunehmen; vgl. etwa Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, Berlin 1923.

Folge eines Wirbelwinds von Politik, Diplomatie und Kampfgeschehen 1917/18.⁴⁵

Der Kaiser war kaum ein geborener Anhänger demokratischer Parolen, aber er wollte die Massen im Nahen Osten zum islamischen Dschihad gegen das Britische Empire aufstacheln. 1916 schufen die Mittelmächte einen polnischen Staat mit begrenzter Selbstverwaltung. In seiner Osterbotschaft 1917 stellten Wilhelm II. und seine Regierung demokratische Reformen und die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen in Aussicht. Dabei handelte es sich nicht nur um Rhetorik. Im Sommer 1917 stürzte die Reichstagsmehrheit Bethmann Hollweg. Nach dem kurzen und desaströsen Experiment mit Georg Michaelis wurde Deutschland seit Herbst 1917 mit Georg von Hertling von einem Kanzler regiert, der ausdrücklich ernannt worden war, um das Vertrauen des Reichstags zu gewinnen. Und als der Frieden von Brest-Litowsk verhandelt wurde, forderte die Reichstagsmehrheit deutlich vernehmbar eine Politik der Selbstbestimmung und Autonomie für die baltischen Staaten und die Ukraine.

Das Scheitern des Versuchs, einen legitimen »liberalen« Frieden in Brest-Litowsk zu schließen, erwies sich nicht als Triumph für die konservativen Fraktionen und die Militärführung in Deutschland. Das Ergebnis waren: ein Frieden ohne Legitimität, der Zerfall der kaiserlichen Regierung, der beschämende Rücktritt von Außenminister Richard von Kühlmann und die Überzeugung der Reichstagsmehrheit, dass Friedensverhandlungen nicht mehr den bisherigen Machthabern überlassen werden konnten. Nicht ohne Grund erklärte der Kaiser im März 1918, dass in der letzten deutschen Offensive »der Sieg der Monarchie über die Demokratie« auf dem Spiel stand.⁴⁶ Er hatte nicht unrecht: Als die deutschen Truppen im Sommer 1918 zurückgeschlagen wurden, hatte sich die Geschichte ein für allemal gegen die Monarchie gewandt. In Deutschland führte die drohende militärische Niederlage zur vollständigen Parlamen-

45 Vgl. Adam Tooze, *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931*, München 2015.

46 Walter Görnitz (Hg.), *Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marinekabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914–1918*, Göttingen 1959, S. 366.

tarisierung im Oktober 1918. Die Reichstagsmehrheit übernahm allerdings nicht die Macht, weil sie kapitulieren wollte, sondern weil sie überzeugt war, dass nur ein demokratisches Deutschland einen gerechten Frieden aushandeln – oder im schlimmsten Fall den Krieg fortführen – könnte.⁴⁷ Der Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen mit Wilson überzeugte sie davon, dass sie dem Stigma entgangen war, das dem Kaiser und seinem Regime angeheftet worden war. Es war für die deutschen Abgeordneten ein heftiger Schock, als im Mai 1919 deutlich wurde, dass der Versailler Vertrag das im Krieg geformte Narrativ der alleinigen Verantwortung Deutschlands für den Krieg erneut bekräftigte.

Mobilisierung und Demokratisierung

Selbst wenn wir versuchen, die Sprache von Kausalität und Wirkung zu vermeiden, die Wechselwirkungen nach außen verlagert, ist es dennoch offenkundig, dass in einer Welt, die Debatten über die Bedingungen und Formen ihrer eigenen Demokratisierung führte, die Erfahrung der gewaltigen Mobilisierung für den Ersten Weltkrieg dramatische Effekte hatte. Die nationalistische Stimmung in der Arbeiterklasse 1914 enttäuschte zwar die radikalen internationalen Sozialisten, die eine weltweite Revolution erwartet und angekündigt hatten. Aber auf nationaler Ebene hatte die Mobilisierung unaufhaltsame demokratisierende Auswirkungen. Der Krieg konnte als Massenkrieg nicht ohne die Masse der Arbeiterklasse geführt werden. Hindenburg und Ludendorff konnten das Hilfsdienstgesetz 1916 nur mit Zugeständnissen an die Gewerkschaften durchsetzen.⁴⁸ Nach der Katastrophe in der Schlacht von Karfreit im Oktober 1917 unternahm die italienische Regierung erhebliche Anstrengungen, um den Kriegseinsatz auf eine breitere soziale

47 Michael Geyer, »Insurrectionary Warfare. The German Debate about a ›Levée en Masse‹ in October 1918«, in: *Journal of Modern History* 73 (2001), S. 459–527.

48 Vgl. Gunther Mai, *Arbeiterschaft in Deutschland, 1914–1918. Studien zu Arbeitskampf und Arbeitsmarkt im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1985.

Grundlage zu stellen.⁴⁹ Der Krieg, erklärte die Regierung Orlando, »wird für den Soldaten, den Bauern, den Arbeiter, den Angestellten geführt. Er wird für alle geführt, die leiden und in Nöten sind, auf dem Land und in den Städten, in Italien und außerhalb Italiens. Dieser Krieg ist für das Proletariat: Dies ist der Krieg der Arbeiter.«⁵⁰ Das Auseinanderfallen der Union sacrée in Frankreich 1917 oder der Austritt der Labour Party aus der britischen Koalitionsregierung scheinen in eine andere Richtung zu deuten. Aber in beiden Fällen versprach sich die Linke davon politische Vorteile, und die Initiative ging von den Sozialisten aus. Und während Lloyd George oder Clemenceau nun ihre sozialistischen Gegner attackierten, richteten sich ihre Appelle weiterhin an die gesamte Bevölkerung.⁵¹ Jede Strategie, die die demokratischen Bedingungen nicht berücksichtigte, war zum Scheitern verurteilt. Das Auftreten der Deutschen Vaterlandspartei 1917 war eine Demonstration der Stärke des Radikalnationalismus. Aber zugleich war es eine Enttäuschung, weil sichtbar wurde, dass diese Mobilisierung nur rechtsgerichtete bürgerliche Kreise umfasste.⁵² Die Arbeiterklasse wurde dadurch nicht erreicht. Erst nach dem Schock, den die Niederlage und die Etablierung einer demokratischen Republik unter sozialistischer Führung bei ihr auslösten, unternahm die deutsche Rechte eine populistische Modernisierung. Die NSDAP war das typische Produkt dieses Wandlungsprozesses. Die Partei war antisozialistisch, antiliberal und antiparlamentarisch. Trotz alledem war sie durch und durch massenpartizipatorisch und parademokratisch.

Die reaktionären Mitglieder im Herrenhaus des Preußischen Landtags hielten am Widerstand gegen das allgemeine Wahlrecht fest. Aber das geschah gegen die ausdrückliche Aufforderung ihres Monarchen, die Reformen zu unterstützen. In Österreich eröffnete der neue Kaiser wieder das Parlament in Wien. In Großbritannien

49 Daniela Rossini, *Woodrow Wilson and the American Myth in Italy*, Cambridge, Mass. 2008.

50 Charles L. Bertrand, »War and Subversion in Italy. 1917–1918«, in: *Historical Reflections/Réflexions Historiques* 3 (1976), H. 2, S. 105–122, hier: S. 120.

51 David Robin Watson, *Clemenceau. A Political Biography*, London 1974, S. 275–292.

52 Vgl. Heinz Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs*, Düsseldorf 1996.